



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR  
UMWELT, LANDWIRTSCHAFT,  
ERNÄHRUNG, WEINBAU  
UND FORSTEN

# AGRARBERICHT 2011



**Herausgeber**

Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung,  
Weinbau und Forsten, Rheinland-Pfalz (MULEWF-RLP)  
Kaiser-Friedrich-Straße 1  
55116 Mainz

**Bearbeitung**

Abteilung 8 (MULEWF-RLP)  
Landentwicklung, Agrarpolitik und Markt

**Layout/Umschlag**

W. Maier (MWKEL-RLP)  
DLR Rheinpfalz

**Fotos:**

MULEWF-RLP, DLR-Westerwald, DWI-Mainz

**Mai 2011**



Liebe Leserinnen und Leser,

mit der Landtagswahl am 27. März 2011 haben sich die Bürgerinnen und Bürger für ein modernes, soziales und ökologisches Rheinland-Pfalz entschieden. Die neue Landesregierung will den Menschen in Rheinland-Pfalz eine gute Zukunft geben. Wir laden alle Bürgerinnen und Bürger ein, gemeinsam an der Erreichung dieser Ziele mitzuwirken und die vielfältigen Herausforderungen, die vor uns allen liegen, zusammen zu meistern.

Einer guten Tradition folgend wird auch die neue Landesregierung jährlich einen Landesagrарbericht zur Situation von Landwirtschaft und Weinbau in unserem Lande vorlegen. Dieser Bericht ist der erste Landesagrарbericht, der unter der neuen rot-grünen Landesregierung erscheint. Landwirtschaft und Weinbau spielen eine besondere Rolle in unserem Leitbild der Nachhaltigkeit, der Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und unserer Heimat. Sie geben dem Land sein schönes, vielfältiges Gesicht. Landwirtschaft und Weinbau sollen zugleich weiter darin gestärkt werden, eine wichtige Säule unseres rheinland-pfälzischen Mittelstands und Tourismus zu sein, zukunftsfähige und innovative Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu bieten und eine hohe Wertschätzung für ihre Produktion und Produkte zu erzielen.

Die Ergebnisse des hier im Blickpunkt stehenden Wirtschaftsjahres 2009/2010 fallen noch in den Zeitraum der vorherigen Landesregierung. Die Handschrift der neuen Landesregierung wird deshalb erst in den kommenden Agrарberichten zum Ausdruck kommen. Ich möchte Schwerpunkte auf die Förderung regionaler bäuerlicher Qualitätserzeugung, aber auch neuer Dienstleistungen, z. B. im Energie- und Tourismusbereich, legen. Hier gilt es, bereits vorhandene Marktpotentiale besser auszuschöpfen und zu entwickeln - ob konventionell oder ökologisch. Viele rheinland-pfälzische Betriebe können oder wollen im Wettbewerb auf dem Weltmarkt und dem damit verbundenen scharfen Preisdruck nicht mitmachen - das zeigt gerade der wichtige Milchmarkt. Verbraucherinnen und Verbraucher fragen immer stärker umwelt- und tiergerechte, gentechnikfreie und ökologisch erzeugte Lebensmittel und Produkte nach. Die Angebotslücke gilt es zu schließen und diese rheinland-pfälzische Qualität zu unterstützen.

Angesichts der anwachsenden Weltbevölkerung wird es immer wichtiger, Boden- und Wasserressourcen sowie die Artenvielfalt vor Schadstoffen und Zerstörung, aber genauso vor Raubbau und Spekulation zu schützen. Nicht Masse und Verschwendung, sondern Effizienz und sorgsamer Umgang gewinnen an Bedeutung bei Erzeugung und Verbrauch.

Deswegen sind der bäuerliche Land- und Weinbau sowie der Gartenbau kein Auslauf-, sondern Zukunftsmodell.

Lebendige ländliche Räume mit neuen Perspektiven für die Menschen liegen mir am Herzen. Ich will dazu beitragen, dass regionale Wirtschaftskreisläufe gestärkt werden und eine gute Ernährung große Bedeutung erhält. Diese gilt es auf den unterschiedlichen Ebenen und bei verschiedenen Anlässen zu thematisieren. Biologisch und regional erzeugte Produkte aus Rheinland-Pfalz sollen künftig noch stärker in Küchen und Kantinen und öffentlichen Einrichtungen Verwendung finden. Zudem soll das Angebot der Ernährungsberatung ausgebaut werden. Ich setze auf enge Zusammenarbeit und einen intensiven Dialog mit den Bäuerinnen und Bauern, Verbraucherinnen und Verbrauchern und mit allen Umwelt- und Tierschutzverbänden.

Zur Bewältigung der neuen Herausforderungen gehören Forschung und Entwicklung, gute Ausbildung und Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern in den Grünen Berufen.

Diese Ziele will ich in die Agrarpolitik des Landes und damit will ich mich auch in die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2013 einbringen. Für die GAP nach 2013 brauchen wir vor allem ein starkes Agrarbudget! Mit ihrem Vorschlag vom 29. Juni 2011 für den Mittelfristigen Finanzrahmen 2014 bis 2020 und den Beschlüssen des EP haben die Europäische Kommission und das Europäische Parlament die Weichen in die richtige Richtung gestellt. Nachbesserungen sind aber im Zuge der anstehenden Verhandlungen unbedingt erforderlich; vor allem bei der 2. Säule, die bedauerlicherweise nicht gestärkt wird. Gerade sie benötigen wir aber zur Bewältigung der „Neuen Herausforderungen“: der Folgen des Klimawandels, der Energiewende, der Bewahrung der Artenvielfalt und Ressourcen, nachhaltiger Ernährungssicherung und wirtschaftsstarker ländlicher Räume. Dazu gehört auch das Greening der 1. Säule, zugleich ein wichtiger Baustein, um die Akzeptanz und die Finanzmittelausstattung der GAP in der Öffentlichkeit sicherzustellen. Die Ausgestaltung der Vorschläge soll mit den Beteiligten diskutiert und erarbeitet werden. Insgesamt werden deutlich weniger Finanzmittel auf EU- und Landesebene zur Verfügung stehen.

Frost, Dürre, Seuchen und Skandale haben die letzten Jahre geprägt und die Einkommen geschwächt. Für 2010 und 2011 hoffen wir auf bessere Betriebsergebnisse. Dennoch machen auch aktuell die hohen Kosten Sorge. Wir brauchen eine kontinuierliche Verbesserung der Wertschöpfung durch faire Erzeugerpreise, die auch bei Abnehmern durchgesetzt werden können und von den Verbraucherinnen und Verbrauchern als Gegenleistung für Qualität und gesellschaftliche Leistungen akzeptiert werden.

Mit Agrarreform, Energiewende und nachhaltiger Qualitäts- und Ernährungssicherung warten große Aufgaben auf ihre Bewältigung.

Ich freue mich auf die Zusammenarbeit.



**Ulrike Höfken**

Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten

## ***Inhaltsverzeichnis***

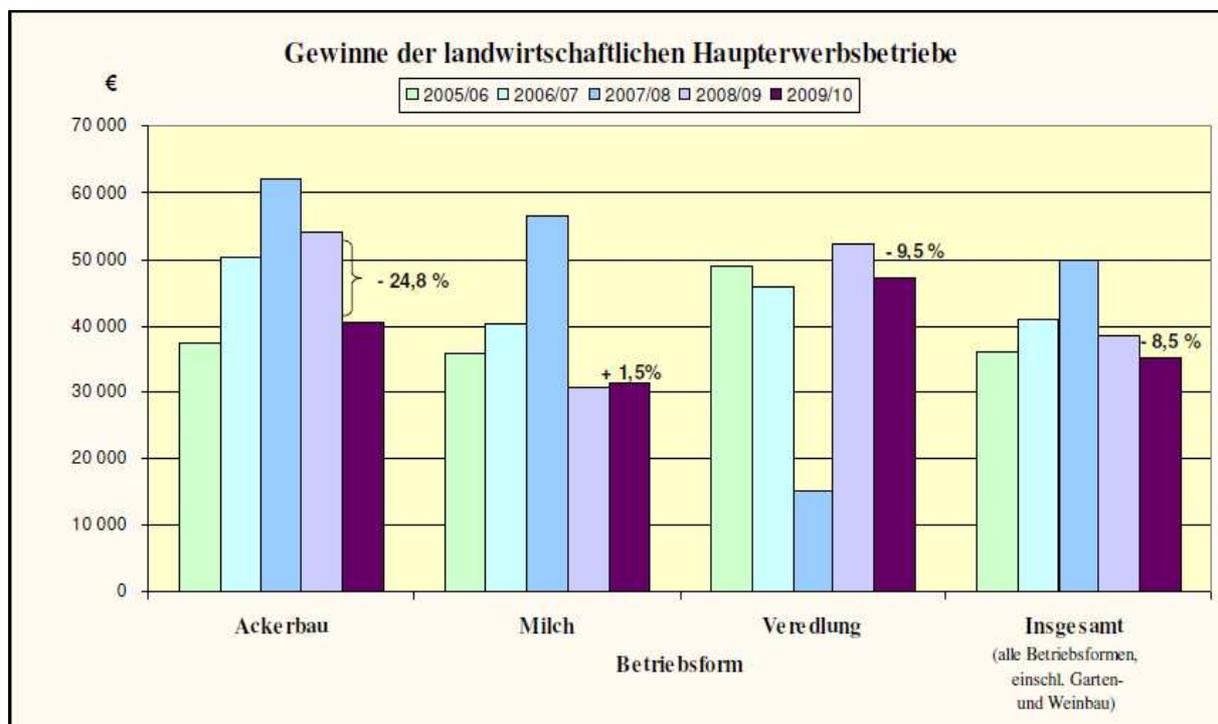
1.	Entwicklung in der Landwirtschaft	6
1.1	Landwirtschaftliche Buchführungsergebnisse (Wirtschaftsjahr 2009/10)	8
1.2	Gewinnentwicklung der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe in Rheinland-Pfalz	10
1.3	Eigenkapitalveränderung der landwirtschaftlichen Haupterwerbs- betriebe im Wirtschaftsjahr 2009/10 in Deutschland	13
1.4	Eigenkapitalveränderung der landwirtschaftlichen Haupterwerbs- betriebe im Wirtschaftsjahr 2009/10 in Rheinland-Pfalz	14
1.5	Vorschätzung der wirtschaftlichen Lage der landwirtschaftlichen Betriebe für das Wirtschaftsjahr 2010/11	15
1.6	Fortschreitender Strukturwandel	16
2.	Marktentwicklungen und Ausblick	19
2.1	Entwicklung des Weinmarktes	19
2.2	Entwicklung des Rindermarktes	22
2.3	Entwicklung des Schlachtschweinemarktes	23
2.4	Entwicklung des Milchmarktes	24
2.5	Entwicklung des Getreidemarktes	25
2.6	Entwicklung des Ölsaatenmarktes	27
2.7	Entwicklung des Zuckermarktes	28
3.	Entwicklung der Agrareinkommen in der Europäischen Union	29
4.	Positionen der Landesregierung zu ausgewählten agrar- und weinbaupolitischen Themen	32
4.1	Jahresüberblick	32
4.2	Die GAP auf dem Weg nach 2020 –Beratungen 2010 in Deutschland-	37
4.3	Ländliches Entwicklungsprogramm (PAUL)	40
4.4	EU-Schulobstprogramm	45

## **1. Entwicklung in der Landwirtschaft**

In dem Wirtschaftsjahr 2009/10 waren die Folgen aus der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 noch deutlich zu spüren. Der Welthandel war vorübergehend um rd. ein Drittel eingebrochen und die Wirtschaftsleistung weltweit zurückgegangen. Hiervon war auch der Agrarsektor nicht ausgenommen. Wurde das vorausgegangene Wirtschaftsjahr 2008/09 noch als ein in wirtschaftlicher Hinsicht „durchwachsendes Jahr“ angesehen, muss 2009/10 als ein problematisches Wirtschaftsjahr eingestuft werden, sanken die Betriebsergebnisse doch auf das Niveau des Wirtschaftsjahres 2001/02 und verfehlten das langjährige Mittel um 13 v. H.. Gleiches gilt für die Eigenkapitalbildung (vgl. unten). Das Auf und Ab der Agrarmärkte setzte sich bei den wichtigsten Produkten wie Getreide, Milch und Fleisch in teilweise krassem Ausmaß fort. Speziell der drastische Preisverfall für Getreide – und teils auch für Milch auf zeitweise 20 Ct/kg Rohmilch – führte in den betroffenen Betrieben zu einem verschärften Liquiditätsdruck bei zunehmender Verschuldung. Viele Betriebe waren nicht mehr in der Lage, offene Rechnungen zu begleichen und waren dringend auf finanzielle Unterstützung angewiesen.

Abgesehen von der Milchproduktion im Norden waren in allen Betriebsformen und Regionen im Durchschnitt erneute Gewinnrückgänge nicht zu vermeiden. Waren nicht parallel wichtige Betriebsmittel wie Dünger, Futter oder Diesel deutlich billiger geworden, hätten viele Betriebe rote Zahlen schreiben müssen. Von der negativen Entwicklung in der Ertragslage waren größere Höfe stärker betroffen als kleinere Betriebe, ökologische wirtschaftende Betriebe schnitten in der prozentualen Entwicklung des Einkommens schlechter ab als Konventionelle; absolut betrachtet lag der Gewinn der ökologisch wirtschaftenden Betriebe im Bundesdurchschnitt aber um 8.311 € über konventionell Wirtschaftenden.

**Abbildung 1: Gewinne landwirtschaftlicher Haupterwerbsbetriebe in den letzten fünf Wirtschaftsjahren**



**Quelle:BMLEV; Buchführungsergebnisse 2009/10**

Die Volatilität der Agrarmärkte führt in nahezu allen Betriebsformen zu stark schwankenden Erlösen, die unmittelbar auf den Gewinn durchschlagen. Das obige Schaubild zeigt, dass alle Betriebsformen in den vergangenen fünf Wirtschaftsjahren mit extremen Gewinnschwankungen konfrontiert wurden. Diese waren deutlich größer, als es die Betrachtung der durchschnittlichen Einkommensentwicklung über alle Betriebsformen hinweg für den gesamten Sektor wiedergibt.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach Anpassungserfordernissen sowohl auf Seiten der einzelbetrieblichen Steuerungsmechanismen wie der agrarpolitischen Instrumente im Kontext der Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013. Unabhängig von kurz- und mittelfristigen Betrachtungen sind die langfristigen Perspektiven für die Landwirtschaft dennoch grundsätzlich positiv zu beurteilen. Weltweit steht die Landwirtschaft vor der Herausforderung, unter den Bedingungen des globalen Klimawandels und dem Rückgang landwirtschaftlich genutzter Fläche die Nahrungsmittelerzeugung zu optimieren, die Ressourcen besser zu verteilen und deren Zugangsmöglichkeiten zu erhalten, um die von heute 6,5 Milliarden bis zum Jahr 2050 voraussichtlich auf 9,2 Milliarden Menschen wachsende Weltbevölkerung zu ernähren und der zunehmenden Kaufkraft der Schwellenländer nachzukommen. Aufgrund von

Armut, Krisen und Ungerechtigkeit leiden heute immer noch rd. 1 Mrd. Menschen an Hunger und Unterernährung. Ebenso werden langfristig steigende Energie- und Rohstoffpreise sowie die Bewältigung von Krisensituationen und Naturkatastrophen für eine weltweit wachsende Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen sorgen. Gleichzeitig ist für eine nachhaltige Produktion Sorge zu tragen, die die natürlichen Ressourcen möglichst weitgehend schont und die Biodiversität berücksichtigt. Die Rolle der Landwirtschaft als „strategischer Sektor“ kehrt auf diesem Wege zurück und wird die Agrarpolitik auf allen Ebenen wesentlich mitbestimmen.

### 1.1 Landwirtschaftliche Buchführungsergebnisse (Wirtschaftsjahr 2009/10)

Die folgenden Angaben beruhen auf den Ergebnissen der Testbetriebe, die das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) ausgewertet und veröffentlicht hat. Bundesweit haben sich 9.577 Betriebe, davon 1.081 Betriebe aus Rheinland-Pfalz, an dieser repräsentativen Auswertung beteiligt.

**Einkommen der landwirtschaftlichen Haupteinwerbungsbetriebe nach Ländern**  
- 2009/10 -

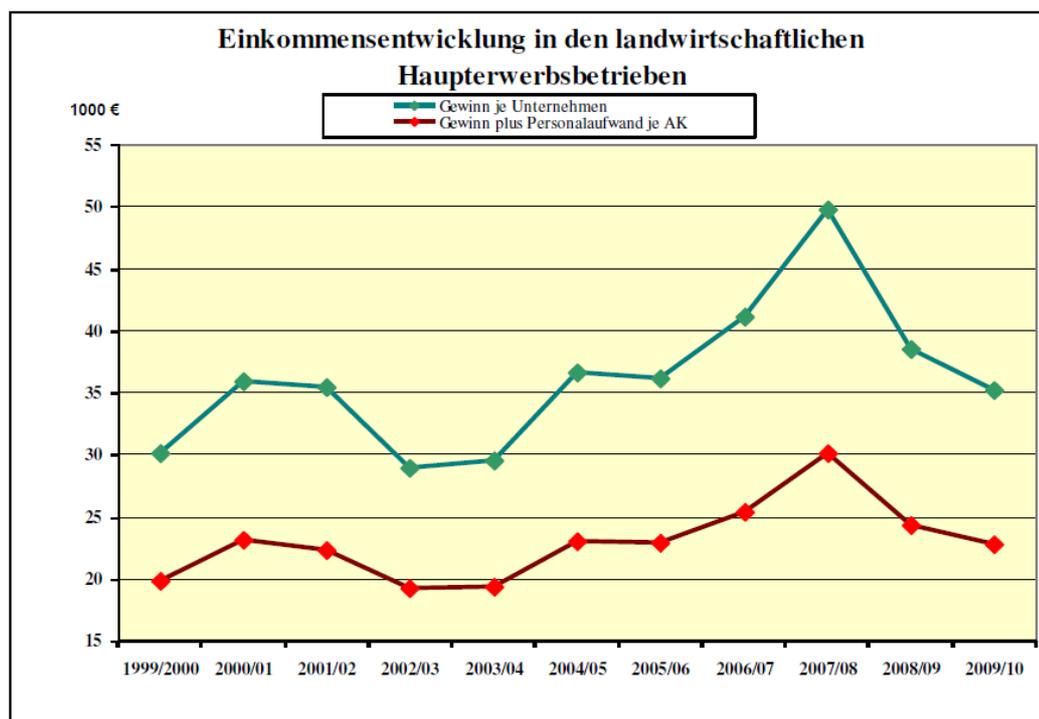
Land	Anteil der Betriebe in %	Gewinn je Unternehmen		Gewinn plus Personalaufwand je AK	
		€	Veränderung gegen Vorjahr in %	€	Veränderung gegen Vorjahr in %
Schleswig-Holstein	5,9	41 023	+ 7,7	26 405	+ 2,7
Niedersachsen	18,1	41 217	+ 1,0	26 387	+ 0,8
Nordrhein-Westfalen	13,6	41 216	- 12,3	26 389	- 10,5
Hessen	4,3	31 514	- 13,9	21 603	- 11,5
Rheinland-Pfalz	6,8	37 590	- 18,0	20 075	- 14,8
Baden-Württemberg	13,4	29 777	- 10,8	20 001	- 5,9
Bayern	31,5	27 883	- 3,1	19 094	- 1,9
Saarland	0,3	31 053	- 17,9	18 638	- 15,0
Brandenburg	1,2	46 840	- 12,2	25 335	- 5,7
Mecklenburg-Vorpommern	1,2	64 375	- 23,0	33 429	- 14,3
Sachsen	1,4	30 966	- 30,8	20 194	- 14,5
Sachsen-Anhalt	1,3	63 023	- 36,8	28 742	- 29,9
Thüringen	0,7	34 614	- 36,5	20 929	- 25,4
<b>Deutschland</b>	<b>100,0</b>	<b>35 216</b>	<b>- 8,5</b>	<b>22 792</b>	<b>- 6,4</b>

**Quelle: BMELV, Buchführungsergebnisse 2009/10.**

Der durchschnittliche Gewinn (Entgelt für eingesetztes Eigenkapital, nicht entlohnte Arbeit und unternehmerische Tätigkeit) der Haupteinwerbungsbetriebe betrug in Deutschland im Wirtschaftsjahr 2009/10 35.216 € und lag damit rund 10 % unter dem Gewinn des vorherigen Wirtschaftsjahres 2008/09.

Die rheinland-pfälzischen Betriebe liegen mit ihrem Ergebnis von 37590 € Gewinn über dem Bundesdurchschnitt. Rheinland-Pfalz liegt im Ranking der „alten Bundesländer“ auf Platz 4 beim Gewinn je Betrieb. Betrachtet man das Einkommen je Arbeitskraft (Gewinn plus Personalaufwand) zeigt sich, dass die Regionen, in denen größere Betriebsstrukturen vorherrschen, Vorteile aufweisen. Naturgemäß liegen die rheinland-pfälzischen Betriebe hier nicht auf den vorderen Rängen, da der hohe Anteil an Sonderkulturen zu durchschnittlich kleineren Betrieben mit einem im Mittel höheren Arbeitskräftebesatz führt. Der Anteil der Direktzahlungen und Zuschüsse beträgt in den rheinland-pfälzischen Haupterwerbsbetrieben knapp 45 v. H.; davon entfallen rd. 75 v. H. auf die Betriebsprämie im Rahmen der 1. Säule der GAP. Dies unterstreicht den hohen Einfluss der Direktzahlungen auf die Gewinnsituation der landwirtschaftlichen Betriebe. Angesichts deren grosser Bedeutung für die Erhaltung der Kulturlandschaft ist auch aus diesem Grunde künftig eine ausreichende Finanzmittelausstattung der 1. Säule der GAP erforderlich.

**Abbildung 2:**



**Quelle: BMELV, Buchführungsergebnisse 2009/10.**

## 1.2 Gewinnentwicklung der Haupterwerbsbetriebe in Rheinland-Pfalz

Der Gewinn ist ein wesentlicher Indikator für die wirtschaftliche Situation eines Unternehmens. Um die Familie zu ernähren und die Betriebe weiter zu entwickeln, sollten im langjährigen Durchschnitt mindestens 50.000 € als Unternehmensergebnis erzielt werden. Werden die Betriebe in der nächsten Generation nicht fortgeführt, können auch 30.000 bis 50.000 € ausreichen.

Die Ertragslage der Haupterwerbsbetriebe hat sich 2009/10 im Durchschnitt gegenüber dem Vorjahr deutlich verschlechtert. Der Gewinn je Unternehmen ist um 17,9 % auf durchschnittlich 37.590 € zurückgegangen. Der Gewinn plus Personalaufwand je Arbeitskraft dieser Betriebe verringerte sich um 14,8 % auf 20.075 €. Die wirtschaftliche Situation nach Betriebsformen stellt sich im Wirtschaftsjahr 2009/10 wie folgt dar:

- Der Gewinnrückgang um 32,5 % in den Ackerbaubetrieben ist vor allem auf die stark gesunkenen Getreidepreise, aber auch auf die Preisrückgänge bei Kartoffeln, zurückzuführen. Zwar verringerten sich im Wirtschaftsjahr 2009/10 auch die Kosten für Düngemittel, was die niedrigeren Produktpreise aber nicht ausgleichen konnte.
- Entgegen dem Bundesergebnis von + 3,9 v. H. mussten die rheinland-pfälzischen Gartenbaubetriebe mit knapp 8 v. H. einen erneuten Gewinnrückgang hinnehmen. Ursächlich hierfür waren die rückläufigen Unternehmensgewinne in den Baumschulbetrieben und unterdurchschnittliche Erträge in Folge ungünstigen Vegetationsverlaufes in den Gemüsebaubetrieben.
- Die weinbaulichen HE-Betriebe erreichten 2009/10 einen Gewinn von 40.281 €. Dieser lag um 16,6 % unter dem des Vorjahres. Der bis zum Wirtschaftsjahr 2007/08 vorhandene positive Trend im Weinbau konnte damit zum zweiten Male in Folge nicht fortgesetzt werden.
- Erhebliche Einbrüche beim Gewinn hatten auch die Milchvieh- und sonstigen Futterbaubetriebe zu verzeichnen. Hier wurde ein Gewinn je Unternehmen von 33.402 € bzw. 11.835 € erreicht; die Gruppe aller Futterbaubetriebe lag bei 28.973 €. Gegenüber dem Vorjahr ging das Unternehmensergebnis somit um 19,1 % bzw. 32,9 % (alle Futterbaubetriebe: - 17,4 %) zurück. Dies ist vor allem auf den Preisabsturz des Jahres 2009 bei Milch zurückzuführen. Die schrittweise Erholung der Milchpreise im Laufe des Jahres 2010 konnte im hier berücksichtigten 1. Halbjahr 2010 noch keine Trendwende zur wirtschaftlichen Besserung der Milchviehbetriebe herbeiführen. Dies wird erst in dem Bericht über das Wirtschaftsjahr 2010/11 zum Ausdruck kommen.

- Die Gemischtbetriebe verzeichneten mit einem Gewinnrückgang von 20,9 % eine Entwicklung, die im Trend rückläufiger Betriebsergebnisse über alle Betriebsformen hinweg für das Wirtschaftsjahr 2009/10 festzustellen ist. Besonders schlugen bei dieser Betriebsform die geringeren Erlöse für Getreide und für Schweine durch.
- Die Einkommensentwicklung ökologisch wirtschaftender Betriebe bundesweit wurde für das Wirtschaftsjahr 2009/2010 vom BMELV anhand von Testbetrieben ermittelt. Je Arbeitskraft lag der Gewinn bei 26.901 €, während die Arbeitskräfte in den konventionellen Betrieben bei durchschnittlich 23.020 € Gewinn lagen. In den ökologisch wirtschaftenden Haupterwerbsbetrieben nahmen die Gewinne gegenüber dem Vorjahr um 21,2 % auf 43.527 € ab. Die Gewinneinbußen waren erheblich größer als im Durchschnitt der konventionell wirtschaftenden Haupterwerbsbetriebe (-8,9 %). Die ökologisch wirtschaftenden Betriebe hatten aufgrund des starken Wettbewerbsdrucks im Lebensmittelhandel erhebliche Preiseinbußen bei Milch und im Ackerbau und keine Aufwandsminderungen durch z.B. günstigere Düngemittel.

Absolut betrachtet ist der Gewinn allerdings in den Öko-Betrieben im Bundesdurchschnitt 8.311 € größer als in den konventionellen Betrieben; dies ist vor allem auf die deutlich größere Flächenausstattung der Öko-Betriebe im Vergleich zu den Konventionellen (+ 28,8 ha LF) sowie auf die durchschnittlich um 103 €/ha LF höheren Direktzahlungen und Zuschüsse (539 €/ha LF) bei den ökologisch bewirtschafteten Betrieben zurückzuführen.

Da in Rheinland-Pfalz - im Gegensatz zu anderen Regionen in Deutschland - die Betriebe mit Veredlungswirtschaft i. d. R. über eine gute Flächenausstattung im Verhältnis zum Tierbestand verfügen, wird für Rheinland-Pfalz die Betriebsform „Veredlung“ nicht mehr gesondert ausgewiesen, sondern diese ist in der Betriebsform „Gemischt (Verbund)“ enthalten.

Mit einem durchschnittlichen Gewinn von 37.590 € je Haupterwerbsbetrieb erreichten die rheinland-pfälzischen Betriebe ein Ergebnis, das im Vergleich zum Vorjahr um 18 % niedriger lag. Allerdings lag es über dem Bundesdurchschnitt von 35.216 €. Die Betrachtung dieser Durchschnittswerte bedeutet auch, dass es auf der einen Seite Betriebe gibt, die dieses Ergebnis nicht erreicht haben und auf der anderen Seite Betriebe, die einen deutlich höheren Gewinn erzielen konnten. Der Vergleich zu den Vorjahren zeigt deutlich den Einfluss, den volatile Agrarmärkte mit stärkeren Preisschwankungen auf die Unternehmensergebnisse haben (vgl. oben, Schaubild 1).

**Tabelle 2: Betriebsergebnisse der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe in Rheinland-Pfalz (2008/09 und 2009/10) nach Betriebsformen**

Betriebsform	Zahl der Testbetriebe <sup>1)</sup>		LF (ha)		Gewinn je Unternehmen (EUR)			Gewinn + Personalaufwand je AK		
	08/09	09/10	08/09	09/10	08/09	09/10	Veränderung gegen Vorjahr (%)	08/09	09/10	Veränderung gegen Vorjahr (%)
	Ackerbau (Marktfrucht)	159	169	85,6	83,5	42.740	28.843	- 32,5	27.207	19.434
Gartenbau	62	38	18,6	25,1	64.711	59.559	-7,96	22.560	19.956	- 10 %
Weinbau	501	490	11,0	11,0	47.099	40.281	- 16,6	23.638	20.727	- 10 %
Milch	195	198	76,5	77,4	40.060	33.402	- 19,1	25.474	21.434	- 15 %
Sonstiger Futterbau	31	27	114,5	105,3	17.645	11.835	- 32,9	9.874	6.718	- 30 %
Futterbau insgesamt	226	225	84,9	83,1	35.097	28.973	- 17,4	21.706	18.197	- 15 %
Gemischt (Verbund)	138	137	86,1	94,8	49.191	38.931	-20,9	24.580	20.183	- 18 %
<b>Zusammen RP</b>	<b>1.107</b>	<b>1.081</b>	<b>45,3</b>	<b>47,2</b>	<b>45.814</b>	<b>37.590</b>	<b>-18</b>	<b>23.575</b>	<b>20.075</b>	<b>- 20 %</b>
Ø Deutschland	9.652	9.577	62,4	62,7	38.498	35.216	- 8,5	24.353	22.792	- 8 %

1) Sämtliche HE-Testbetriebe in Rheinland-Pfalz.

Die zukünftig voraussichtlich häufigeren und stärkeren Ausschläge der Produktpreise nach oben und nach unten müssen in der langfristigen Unternehmensplanung berücksichtigt werden und stellen damit die Betriebsleiter vor neue Herausforderungen im Bereich des einzelbetrieblichen Risiko- und Krisenmanagements. Die Entkopplung der Direktzahlungen ermöglicht es den Landwirten, ihre Produktion stärker nach den Marktgegebenheiten auszurichten. Als Gegenpol zu dem häufigeren Auf und Ab der Produktpreise leisten verlässliche Direktzahlungen der 1. Säule einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung des Einkommens und damit zur Grundsicherung der Landwirtschaft. Sie stellen zugleich eine effektive Form des Risikoausgleichs dar.

Hohe Standards in der Agrarproduktion können bei zunehmend liberalisierten Märkten

nur dann erfüllt werden, wenn auf Bundes- und EU-Ebene dauerhaft faire Rahmenbedingungen geschaffen und erhalten werden. Im Rahmen der Weiterentwicklung der GAP nach 2013 ist es deshalb für die rheinland-pfälzische Landwirtschaft unverzichtbar, die Direktzahlungen auf möglichst hohem Niveau in der kommenden EU-Förderperiode 2014 bis 2020 zu erhalten. Die langfristige Sicherung dieser Zahlungen setzt dabei einen konkreten Leistungsbezug voraus nach dem Grundsatz „Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen!“. Die Europäische Kommission hat dazu ein „Grün-Paket“ („Greening“) für die 1. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik in ihrer Mitteilung vom 18. November 2010 vorgeschlagen. Dieses Greening ist zugleich ein wichtiger Baustein, um die Akzeptanz und die Finanzmittelausstattung der GAP in der Öffentlichkeit sicherzustellen. Ebenso notwendig ist eine finanziell gut ausgestattete und national kofinanzierte 2. Säule der GAP, um im freiwilligen Agrarumwelt- und im Investitionsbereich regionale, nachhaltige Schwerpunkte zu setzen.

### **1.3 Eigenkapitalveränderung der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe im Wirtschaftsjahr 2009/10 in Deutschland**

Die Eigenkapitalveränderung ist ein wichtiger Maßstab zur Beurteilung der Existenz- und Entwicklungsfähigkeit landwirtschaftlicher Unternehmen. Der Wert ermöglicht eine Aussage darüber, inwieweit das im Unternehmen in dem jeweiligen Jahr erwirtschaftete Eigenkapital bereits eine ausreichende Grundlage zur Finanzierung von Nettoinvestitionen darstellt.

Die Eigenkapitalbildung war im Wirtschaftsjahr 2009/10 im Durchschnitt der Haupterwerbsbetriebe mit 309 € je Unternehmen sehr gering und sehr viel niedriger als in den Vorjahren (Tabelle 3). Die Ackerbau- und die Futterbau- und die Gemischtbetriebe verzeichneten im Durchschnitt Eigenkapitalverluste. Die Gartenbau- und die Veredlungsbetriebe hatten die höchste Eigenkapitalbildung. Die Betriebsgröße hatte auch 2009/10 erhebliche Auswirkungen auf die Fähigkeit der Betriebe, Eigenkapital zu bilden. Für die kleineren und mittleren Betriebe ergab sich im Unterschied zu den größeren Betrieben im Durchschnitt eine negative Eigenkapitalbildung.

Die Eigenkapitalbildung der Haupterwerbsbetriebe wies auch im Wirtschaftsjahr 2009/10 eine breite Streuung auf. Rund 55 % (Vorjahr 53 %) der Betriebe hatten eine negative Eigenkapitalveränderung, rund 24 % eine Verringerung des Eigenkapitals von mehr als 400 € je ha, rund 19 % eine Erhöhung von mehr als 400 € je ha. Die Betriebe mit negativer Eigenkapitalveränderung sind gekennzeichnet durch hohe und meist

zunehmende Verbindlichkeiten, negative Nettoinvestitionen und negative Rentabilitätsmerkmale.

**Tabelle 3: Eigenkapitalveränderung der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe nach Betriebsformen und Größenklassen in Deutschland**

Wirtschaftsjahr	Betriebsform ----- Betriebsgröße	Eigenkapital- veränderung Bilanz €/Unternehmen
2006/07	Insgesamt	7 678
2007/08		10 636
2008/09		4 579
2009/10		309
2009/10	Ackerbau	- 478
	Gartenbau	4 066
	Dauerkulturen	362
	Weinbau	- 1
	Obstbau	1 098
	Futterbau	- 250
	Milch	- 284
	Sonst. Futterbau	- 80
	Veredlung	5 926
	Gemischt (Verbund)	- 593
	Pflanzenbauverbund	361
	Viehhaltungsverbund	1 095
	Pflanzenbau-Viehhaltung	-1 362
	Kleinere (16 - 40 EGE)	-3 349
Mittlere (40 - 100 EGE)	- 44	
Größere (100 und mehr EGE)	5 733	

Quelle: BMELV, Buchführungsergebnisse 2009/10.

#### 1.4 Eigenkapitalveränderung der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe im Wirtschaftsjahr 2009/10 in Rheinland-Pfalz

Im Wirtschaftsjahr 2009/10 betrug das Eigenkapital 9.699 € je ha LF und lag damit um 459 € unter dem Vorjahreswert. Allerdings bestehen zwischen den einzelnen Betriebsformen deutliche Unterschiede, die u. a. die Erzeugerpreissituation des abgelaufenen Wirtschaftsjahres widerspiegeln.

**Tabelle 4: Eigenkapitalbildung in den Haupterwerbsbetrieben in Rheinland-Pfalz nach Betriebsformen**

Betriebsform Größenklassen (EGE)	Eigenkapital (€/ha LF)		Eigenkapitalrentabilität (%)		Eigenkapitalveränderung, Bilanz (€/ ha LF)	
	2008/09	2009/10	2008/09	2009/10	2008/09	2009/10
Ackerbau	5.443	5571	0,8	-2,2	160	-3
Gartenbau	22.273	15.300	1,4	-2,4	-20	203
Weinbau	37.913	37.082	0,5	-1,3	679	57
Futterbau	5.604	5717	-1,3	-2,7	-14	-5
Milch	6.713	6680	0,0	-1,4	-12	23
Sonstiger Futterbau	2.998	2978	-8,4	-11,1	-17	-85
Gemischt (Verbund)	6.723	6163	0,4	-1,5	116	22
Pflanzenverbund	8.477	7204	2,4	-0,3	190	35
Pflanzenbau-Viehhaltung	5.461	5595	-1,4	-2,3	67	33
16-40	12.608	11.875	-4,5	-5,6	158	-179
40-100	9.752	9502	0,1	-1,6	87	50
> 100	9.484	8926	3,3	0,3	227	54
Insgesamt	10.158	9699	0,2	-1,8	149	13

Quelle: BMELV; Buchführungsergebnisse 2008/09 und 2009/10

### 1.5 Vorschätzung der wirtschaftlichen Lage der landwirtschaftlichen Betriebe für das Wirtschaftsjahr 2010/11

Für das Wirtschaftsjahr 2010/11 ist eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage im Vergleich zum Wirtschaftsjahr 2009/10 zu erwarten.<sup>1</sup> Auf den wichtigsten Agrarmärkten bestehen gute Aussichten. Die weltweit dynamisch wachsende Nachfrage nach Agrarrohstoffen für den Nahrungsmittel- und Energiesektor werden die Preise und damit die Betriebsergebnisse der Landwirte positiv beeinflussen. Das Wirtschaftsjahr 2010/11 wird voraussichtlich als viertes Jahr in Folge mit extremen Einkommensentwicklungen im Sinne des Auf und Ab und deutlichen Unterschieden zwischen den Betriebsformen gekennzeichnet sein. Kartoffeln, Getreide, Körnermais und Raps brachten dem Ackerbau deutlich bessere Preise und die erhöhten Ausgaben wurden überkompensiert, so dass Gewinnsteigerungen zu erwarten sind.

<sup>1</sup> Vgl. hierzu auch Situationsberichte des VLK, Steigende Preise sorgen 2010/11 für „sehr ordentliche Betriebsergebnisse“, Agra-Europe, 7/11, Markt + Meinung, S. 9f, 14. Februar 2011.

Nach zwei enttäuschenden Vorjahren sorgt der deutliche Preisanstieg für Milch wieder für Entspannung in den Futterbaubetrieben, die gleichwohl zunächst hohen finanziellen Aufholbedarf haben, bevor das erforderliche Eigenkapital für Nettoinvestitionen zur Verfügung steht. Zusätzlich bremsen aber steigende Ausgaben, u. a. im Energiesektor z. B. die drastisch gestiegenen Dieselpreise, den zu erwartenden Einkommenszuwachs erheblich ab. Die bereits angespannte Lage in der Veredlung wurde durch das Dioxinereignis Ende 2010/Anfang des Jahres 2011 zusätzlich verschärft. Wie stark sich hier die Preiseinbrüche im Unternehmensergebnis auswirken werden, hängt wesentlich von der weiteren Erholung der Märkte ab.

Schwierig ist auch die Lage im Weinbau. Der Witterungsverlauf 2010 führte im Herbst 2010 zur kleinsten Weinernte seit 25 Jahren. Anfang Mai 2011 kamen Spätfröste in bislang nicht gekanntem Ausmaß hinzu. Die Fassweinspreise haben sich zwar deutlich nach oben entwickelt. Die nur mäßig erhöhten Preise für Flaschenwein reichen aber voraussichtlich für eine Kompensierung der steigenden Kosten nicht aus.

Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt generell, dass in allen Betriebsformen zukünftig mit stärker schwankenden Erlösen zu rechnen ist und damit neue Herausforderungen auf die Betriebsleiter zukommen. Die Agrarpreise werden zunehmend von den Schwankungen der internationalen Märkte beeinflusst. Dazu kommt der Einfluss der Finanzmärkte, wenn Kapitalanleger auf den landwirtschaftlichen Rohstoffmärkten nach rentierlichen Anlagemöglichkeiten suchen. Die internationale Finanzkrise hat auch hier ihre Auswirkungen gezeigt.

## **1.6 Fortschreitender Strukturwandel**

Die vorläufigen Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010 zeigen, dass der Strukturwandel in der Landwirtschaft weiter anhält. So nahm seit dem Jahr 1999 die Zahl der Betriebe um über 40 % ab. Gleichzeitig stieg die durchschnittliche Betriebsgröße von 20 auf 34 Hektar. Der geringe Anteil von Betrieben, die über einen Hofnachfolger verfügen, deutet daraufhin, dass sich der Strukturwandel in den nächsten Jahren fortsetzen wird.

Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Rheinland-Pfalz betrug in 2010 20.600; das sind nur noch ein Fünftel der Betriebe des Jahres 1971.

Ein Betrieb bewirtschaftete im hier betrachteten Wirtschaftsjahr 2009/10 durchschnittlich 34,3 Hektar LF und damit fast 15 ha mehr wie 1999.

Im Hinblick auf die geringere durchschnittliche Flächenausstattung in Rheinland-Pfalz ist zu berücksichtigen, dass in Rheinland-Pfalz die Sonderkulturen Wein und Obst eine weit überdurchschnittliche Rolle spielen. Wein- und Obstbaubetriebe erzielen im Vergleich zu den übrigen Betriebsformen eine hohe Wertschöpfung pro Flächeneinheit, verfügen aber nur über eine relativ geringe Flächenausstattung.

Knapp 20 Prozent der Betriebe bewirtschaften fast 70 Prozent der Fläche. Auch künftig wird sich der Trend zu größeren Flächenausstattungen in den Betrieben bei einer durchschnittlichen jährlichen Abnahmerate der Betriebe von 3 bis 5 Prozent weiter fortsetzen.

Die zunehmende Flächenausstattung der Betriebe zeigt sich auch in der Betriebsgrößenstruktur. Mittlerweile verfügen 2000 Betriebe (10 Prozent) in Rheinland-Pfalz über mindestens 100 Hektar LF. Diese bewirtschaften rund 45 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche von rund 707.000 Hektar. Im Jahr 1991 verfügten nur 391 über die damalige Wachstumsschwelle von über 75 ha LF; ihr Anteil an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche betrug damals 16 Prozent. Die Betriebsaufgaben erfolgen überwiegend bei den Betrieben unterhalb einer Betriebsfläche von 100 ha LF. Besonders reduzierte sich die Zahl der Betriebe, die weniger als zehn Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche bewirtschafteten. Diese allgemeine Entwicklung vollzieht sich auch im Weinbau. Während die Zahl der Betriebe zurückgeht, wird die Rebfläche in der Regel von wachstumswilligen Betrieben übernommen.

Die Anzahl **der ökologisch wirtschaftenden Betriebe** und die ökologisch bewirtschaftete Fläche in Rheinland-Pfalz sind seit Jahren kontinuierlich gestiegen (s. nachfolgende Tabelle).

**Ökobetriebe und ökologisch bewirtschaftete Fläche in Rheinland-Pfalz  
von 1999 bis 2010<sup>1</sup>**

Jahr	Anzahl Betriebe	Veränderung zum Vorjahr in %	Fläche in ha	Veränderung zum Vorjahr in %
1999	407	0,7	11.212	3,8
2000	423	3,9	12.736	13,6
2001	485	14,7	15.136	18,8
2002	518	6,8	16.978	12,2
2003	540	4,2	18.604	9,6
2004	539	-0,2	18.957	1,9
2005	565	4,8	20.483	8
2006	593	4,9	21.290	3,9
2007	685	15,5	24.835	16,6
2008	798	16,5	28.697	15,5
2009	851	6,6	32.154	12
2010	926	8,8	37.733	17,3

<sup>1</sup>Quelle: Anzahl Betriebe und Flächen aus Jahreserhebungen der  
ADD Trier

Während 1999 noch 407 Betriebe eine Fläche von 11.212 ha ökologisch bewirtschafteten, waren es 2010 bereits 926 Öko-Betriebe mit einer Fläche von 37.733 Hektar. Die durchschnittliche jährliche Steigerungsrate zwischen 1999 und 2010 lag bei den Betrieben bei 7,3 % und bei der Ökofläche bei 11,1 %. In dem genannten Zeitraum haben sich somit die Zahl der Ökobetriebe mehr als verdoppelt und die entsprechende Flächennutzung mehr als verdreifacht. Rheinland-Pfalz liegt im Vergleich zum Vorjahr mit einem Anstieg von 17,4 Prozent bei den Flächen bundesweit an 1. Stelle. Auch beim Zuwachs der Betriebe gegenüber 2009 von 8,8 Prozent liegt Rheinland-Pfalz deutlich über dem Bundesdurchschnitt (4,3 Prozent).

Im Jahr 2010 betrug der Anteil der Ökobetriebe an der Gesamtheit der landwirtschaftlichen Betriebe (20.600) in Rheinland-Pfalz 4,5 %. Von insgesamt 706.800 ha LF wurden 5,3 % ökologisch bewirtschaftet. Der ökologische Weinbau umfasste im Januar 2010 rund 330 Betriebe und 3.596 Hektar RF bzw. knapp 11 ha RF pro Betrieb.

Die Landesregierung strebt an, den Anteil des Ökolandbaus weiter auszudehnen und noch mehr Landwirte zum Umstieg auf den ökologischen Landbau zu motivieren, um die bestehenden Marktchancen für die heimischen Landwirte zu nutzen. Derzeit werden die bestehenden Prämiensätze im Agrarumweltprogramm PAULa in diesem Bereich mit dem Ziel der Erhöhung der Förderprämien überprüft. Voraussichtlich im November 2011 soll eine Antragstellung mit neuen Fördersätzen für den Öko-Landbau ermöglicht werden.

Weitergehende Daten und Informationen zur Agrarstruktur in Rheinland-Pfalz können dem Band 398 aus dem Jahr 2010 „Die Landwirtschaft 2009 mit Vergleichszahlen seit 1949“ entnommen werden, der diesem Textteil als separate Broschüre des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz beigelegt ist (Bad Ems, 2010).

## **2. Marktentwicklungen und Ausblick**

### **2.1 Entwicklung des Weinmarktes**

Zwei Drittel der Gesamtrebfläche Deutschlands verteilen sich auf die sechs rheinland-pfälzischen Weinbaugebiete am Rhein und seinen Nebenflüssen. Die bestockte Rebfläche im Jahr 2010 betrug insgesamt 63.886 ha, sie ist seit Jahren - von kleinen Schwankungen abgesehen - relativ konstant. In der Gesamtentwicklung der letzten 10 Jahre ist die Fläche jedoch um knapp 5 % zurückgegangen, wovon insbesondere die Steillagenregionen an Mosel und Mittelrhein betroffen waren. Insgesamt bewirtschaften schätzungsweise 10.000 Weinbaubetriebe (2010) diese Rebfläche. In den letzten 20 Jahren ist die Anzahl der Betriebe von ursprünglich 23.229 (1989) um mehr als die Hälfte zurückgegangen.

Rund 69,4 % der Rebfläche ist mit Weißweinrebsorten bestockt. Seit Mitte der 1990er Jahre hat sich die Rotweinrebfläche stark ausgeweitet.

Die am meisten angebaute Rebsorte ist mit 25,5 % der Riesling, gefolgt von Müller-Thurgau und Silvaner bei den weißen Sorten. Mit 11,4 % ist Dornfelder neben Portugieser und Spätburgunder die am häufigsten angebaute Rotweinsorte.

### Wirtschaftsentwicklung von Weingütern in Rheinland- Pfalz:

Die Entwicklung der wirtschaftlichen Situation der Weinbaubetriebe im Lande ist trotz Jahren positiver Tendenz im Jahr 2010 weiterhin als nicht zufrieden stellend zu bewerten. Für die Fasswein und Trauben produzierenden Betriebe liegt dies in erster Linie an den immer noch unbefriedigenden Fassweinspreisen der letzten beiden Jahre sowie den niedrigen Erntemengen. Die Flaschenweinvermarkter können nach überwundener Wirtschafts- und Finanzkrise auf eine weiterhin stabile Entwicklung der wirtschaftlichen Lage zurückblicken. Dennoch darf die Ertragslage in allen Erzeugungsstufen nicht darüber hinwegtäuschen, dass nach wie vor strukturelle Defizite, wie beispielsweise die mangelnde Flächenausstattung einer größeren Zahl von Betrieben, einer ausreichenden Einkommensentwicklung aus dem Weinanbau entgegenstehen. Neben dem Weinwirtschaftsbericht 2010<sup>2</sup> der Landesregierung, der Agrarberichterstattung der Bundesregierung, die repräsentativ die Einkommenssituation des Weinbaus darstellt, dienen auch die Untersuchungen der Forschungsanstalt Geisenheim<sup>3</sup> vor allem der Beschreibung der Möglichkeitspotenziale, die der Weinbau mit Selbstvermarktung zu bieten hat, zu den wichtigsten ökonomischen Informationsquellen.

### Weinmarkt Deutschland:

Der Absatz deutscher Weine hat sich im vergangenen Jahr trotz der gravierenden Veränderungen im Weltwirtschaftsgefüge in den Jahren 2008 und 2009 laut Marktbeobachtungen der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) insgesamt noch behauptet. Die konjunkturelle Lage sowie die Geschäftserwartungen der Unternehmen der Weinbranche tendieren weiterhin zum Positiven. Die deutlich niedrigeren Erntemengen im Jahr 2010, durchschnittlich wurden rund 25 Prozent weniger Trauben geerntet, werden sich aufgrund der Verfügbarkeit heimischer Weine auf die Marktanteile auswirken. Der Gesamtmarkt wuchs im Jahr 2010 leicht um 0,5 Prozent. Deutsche Weine verlieren rund 4,6% an Marktanteil und liegen mengenmäßig im Handel bei 37,6%. Auch Frankreich verliert Marktanteile, während Spanien und Italien um 10-12% ihre Marktbedeutung - wenn auch nur im Preiseinstiegsbereich - steigern konnten.

Bei den Weinarten sind im heimischen Markt deutsche Weiß- und Rotweine volumen- und wertmäßig weiterhin Marktführer. Deutsche Rotweine konnten sich im Jahr 2010 auf hohem Niveau behaupten.

---

<sup>2</sup> Weinwirtschaftsbericht, Herausgeber MWVLW 2010

Deutsche Weine werden überwiegend von älteren Zielgruppen nachgefragt, insbesondere bei der wichtigen Absatzschiene der Direktvermarkter. Jüngere Konsumentenschichten sind beim Weinkonsum allgemein eher unterrepräsentiert, nicht nur im Lebensmittelhandel und bei den Discountern. Dies erklärt auch den Rückgang der Käuferreichweite für Wein in den letzten Jahren, wenngleich die Konsumintensität weitestgehend stabil geblieben ist.

Bei den Einkaufsstätten haben die Discounter nach wie vor dominante Marktposition im Preiseinstiegsbereich. Vor dem Hintergrund, dass die relevanten Sortimente der Discounter nur 15 bis 20 deutsche und internationale Weine umfassen, zeigt sich die strukturelle Dimension, die diese Vertriebslinien für den Absatz deutscher Weine im Qualitäts- und Preiswettbewerb haben. Allerdings werden die Discounter und der Lebensmittelhandel vorwiegend von Konsumentengruppen frequentiert, die unregelmäßig und tendenziell weniger Wein konsumieren.

Der Direktvertrieb liegt nach GfK-Angaben weiterhin bei rund 16% Marktanteil, der für die Weingüter wichtige Weinfachhandel bei ca. 7%. Zieht man die Daten der Qualitätsweinprüfung heran, konnten sich die rheinland-pfälzischen Direktvermarkter mit einem leichten Zuwachs der geprüften Weinmenge von 1,2% im Jahr 2010 im Markt behaupten. Die Bedeutung der Weingüter und des Fachhandels für Premiumweine und Kunden, die solche Produkte nachfragen, ist jedoch höher als in den allgemeinen Statistiken ausgewiesen. Nicht nur die Wertschöpfung aufgrund der zum Teil deutlich höheren Durchschnittspreise zeichnet ein positives Bild für diese Vertriebslinie; auch die Kundengruppen, die Premiumweine nachfragen, zeigen eine deutlich höhere Ausgabenbereitschaft sowie eine überdurchschnittliche Konsumintensität gegenüber den Kunden des Lebensmittelhandels.

#### Fassweinsituation:

Nach wie vor werden zwei Drittel der in Rheinland-Pfalz erzeugten Weine durch die großen rheinland-pfälzischen Handelskellereien vermarktet. Deren Strategie ist das Etablieren von Unternehmensmarken, in der Regel mit Rebsorten- und Geschmacksangaben. Der Herkunft des Weines wird zunehmend eine untergeordnete Bedeutung beigemessen. Die Austauschbarkeit des Anbaugesbietes erhöht für Weinkellereien in Zukunft die Verfügbarkeit beispielsweise von Rebsortenweinen auf dem Fassweinmarkt. Folglich gleicht sich das Fassweinpreisniveau über die Anbaugesbiete hinweg an. Der Fassweinpreis bei Riesling z.B. hat sich gegenwärtig auf einem Niveau von 100 €/hl und teilweise sogar höher angeglichen.

## 2.2 Entwicklung des Rindfleischmarktes

Der Rindfleischverzehr je Kopf stieg in Deutschland von 2009 auf 2010 um rd. 200g auf 8,7 kg an. Die Umsetzung der EU-Agrarreform 2003 (Entkopplung der Transferzahlungen von der Erzeugung) führte tendenziell zu einem deutlichen Rückgang der Rindfleischerzeugung bis 2007. In 2008 konnte die Bruttoeigenerzeugung wiederum leicht um 24.000 t auf insgesamt 1.241.000 t gesteigert werden. Dagegen sank sie im Zeitraum 2009 um ca. 2 % und stieg in 2010 rd. 0,9 % auf knapp 1.2 Mio. t an. Der Selbstversorgungsgrad ging in Deutschland aufgrund des Verbrauchsanstiegs und der geringfügigen Produktionssteigerung von 120 % (2008) auf 119 % (2009) weiter auf rd. 118 % (2010) zurück. Der durchschnittliche Erzeugerpreis für die Hauptkategorie Jungbullen der Handelsklasse R3 erreichte etwa 3,70 €/kg und stieg somit um rd. 0,70 €/kg (+23 %) gegenüber 2009 an.

**Tabelle 5: Schlachtungen von Rindern in Rheinland-Pfalz (2001-2010)**

Kategorie	Jahr	Summe
Rinder insgesamt (ohne Kälber)	2001	111 973
	2002	116 318
	2003	109 997
	2004	111.502
	2005	104.102
	2006	103.717
	2007	97.196
	2008	98.681
	2009	95.818
	2010	93.349

Wie Tabelle 5 zeigt, sind in Rheinland-Pfalz die Rinderschlachtungen in 2010 gegenüber dem Vorjahr um annähernd 2.500 Stück (2,6 %) auf rd. 93.300 zurückgegangen. Davon wurden etwa 92.000 Rinder gewerblich geschlachtet. Darunter wiederum ca. 61.000 Rinder bzw. mehr als 66 % in sieben größeren Schlachtbetrieben (mindestens durchschnittlich 75 Rinderschlachtungen/Woche) geschlachtet. Der Rückgang der Rinderschlachtungen in den verschärft das Problem der Kapazitätsauslastung in den heimischen Schlachtstätten nach wie vor im Durchschnitt suboptimal ausgelastet.

## 2.3 Entwicklung des Schlachtschweinemarktes

In Deutschland ist der Pro-Kopf-Verbrauch an Schweinefleisch in 2010 im Vergleich zum Vorjahr um rd. 0,8 kg auf ca. 54,0 kg gestiegen und der Selbstversorgungsgrad erreichte 111%. Der Erzeugerpreis je kg Schlachtgewicht erreichte 2010 im Mittel der Handelsklasse E lediglich ca. 1,40 €/kg und lag somit um gut 2% unter dem des Vergleichsjahr 2009. Für das Jahr 2011 wird mit einem weiteren leichten Anstieg der Schlachtschweineerzeugung gerechnet. In Rheinland-Pfalz ist der Schweinebestand 2010 auf ein historisches Tief mit rd. 243.000 Tieren gefallen. Gegenüber 2009 hat der Bestand noch mal um rd. 9% abgenommen. Die nun seit fünf Jahren mehr oder weniger stabile Zahl der Schweineschlachtungen erreichte 2010 ca. 1,07 Mio. Stück (vgl. Tabelle 6). Darunter befinden sich nur 0,4% Hausschlachtungen. Die Zahl der Schlachtungen in den meldepflichtigen Betrieben (Betriebe mit mehr als durchschnittlich 200 Schweineschlachtungen/Woche) ist um weitere ca. 18.000 Stück auf etwa 918.000 Stück gestiegen.

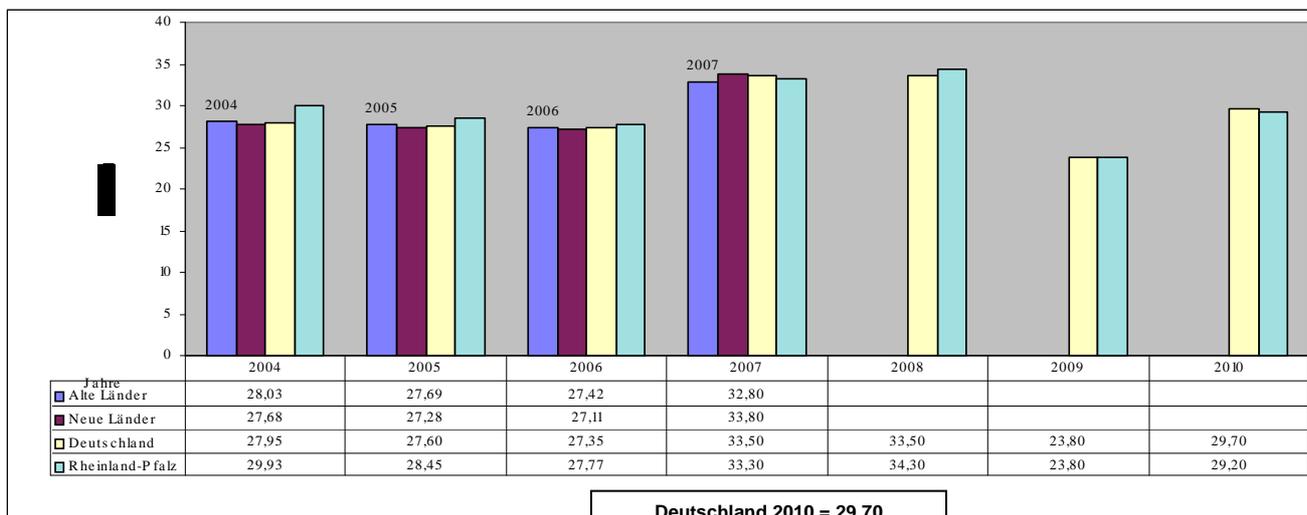
Ihr Anteil macht rd. 86 % der Schweineschlachtungen aus. Diese Unternehmen haben das stark rückläufige heimische Schlachtschweineangebot durch überregionale Zufuhren überkompensiert, um ihre im Durchschnitt unzureichend genutzten Schlachtkapazitäten besser auszulasten. Diese Ferntransporte sind unter Tierschutzgesichtspunkten nicht unproblematisch. Die Schlachtschweinepreise unterliegen starken jahreszeitlichen Schwankungen. darüber hinaus gibt es deutliche zyklische Erzeugerpreisbewegungen. 2010 wurde ein Durchschnittspreis wie im Vorjahr von rd. 1,42 €/Schlachtgewicht für Schweine der Handelsklasse E erzielt. Der Preis lag 0,02 €/ Schlachtgewicht unter dem 10-jährigen Mittel und 18 Cent unter dem Durchschnittspreis in 2008.

**Tabelle 6: Schweineschlachtungen in Rheinland-Pfalz (2001-2010)**

Kategorie	Jahr	Summe
Schweine insgesamt	2001	1 080 393
	2002	995 822
	2003	1 005 408
	2004	1 048 484
	2005	1.035.223
	2006	1.060.772
	2007	1.076.286
	2008	1.066.414
	2009	1.052.315
	2010	1.065.372

## 2.4 Entwicklung des Milchmarktes

**Abbildung 4: Vergleichspreise (Ct/kg) des ZMP-Milchpreisvergleichs bei standardisierten Inhaltsstoffen 2004 - 2010<sup>4</sup> (3,7 % Fett und 3,4 %**



**Eiweiß, ab Hof, ohne MwSt.)**

<sup>4</sup> Vgl. ZMP, Agrarmärkte in Zahlen, a.a.O., S. 6 und Mitteilung der Agrarmarkt Informationsgesellschaft mbH (AMI),

Von 2004 bis 2006 gingen die Milcherzeugerpreise sowohl auf Bundesebene als auch in Rheinland-Pfalz

zurück (vgl. vorstehende Abbildung 4). Unter Berücksichtigung der in 2006 gezahlten Betriebsprämie, einschließlich des Ergänzungsbetrags von insgesamt 3,55 Cent/kg, konnte die Erlössituation gegenüber 2005 in etwa stabil gehalten werden. 2007 erfolgte ein kräftiger Erzeugerpreisanstieg auf durchschnittlich 33,5 Cent/kg Milch (3,7% Fett und 3,4% Eiweiß, ohne Mehrwertsteuer) in Deutschland. Dieses erfreuliche Niveau der Erzeugerpreise konnte im Jahre 2008 in Rheinland-Pfalz noch übertroffen werden. In 2009 kam es zu einem drastischen Erzeugerpreisabsturz auf ein historisches Tief von 23,80 Cent/kg. Hatte sich Rheinland-Pfalz über Jahre hinweg weit über dem durchschnittlichen Auszahlungspreis auf Bundesebene bewegt, konnte in 2009 nur im Schnitt mit den übrigen Molkereien gleich gezogen werden. Im Jahr 2010 stiegen die Erzeugerpreise auf Bundesebene durchschnittlich um 6 Cent/kg an. Dem gegenüber erreichten die rheinland-pfälzischen Molkereien nur eine Steigerung um 5,4 Cent im Jahresmittel. Der unterdurchschnittliche Anstieg der Milcherzeugerpreise in Rheinland-Pfalz dürfte in erster Linie auf die begrenzte Produktpalette der Molkereien zurückgeführt werden. Die heimischen Unternehmen stellen vor allem die weiße Linie her (z. B. H-Produkte, Trinkmilch, Kaffeesahne etc.), die aufgrund der länger laufenden Kontrakte mit dem Lebensmitteleinzelhandel nicht die Knappheitsverhältnisse durch Preissteigerungen auf dem Milchmarkt widerspiegeln. In der Folge konnte auch kein höherer Erzeugerpreis auf dem Markt erwirtschaftet und von den Genossenschaftsmolkereien an die Milcherzeuger ausgezahlt werden. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung muss die EU-Milchmarktpolitik weiter auf den Prüfstand.

## **2.5 Entwicklung des Getreidemarktes**

Weltweit lag die Getreideernte ohne Reis im Wirtschaftsjahr 2010/2011 bei etwa 1,73 Mrd. t. Damit unterschritt die Produktion die Ernte des vorangegangenen Jahres um etwa 60 Mio. t. Mit 648 Mio. t lag auch die Weltweizenernte unter der Erzeugung des Wirtschaftsjahres 2009/2010 (683 Mio. t). Für das Wirtschaftsjahr 2009/2010 wurde der Weltgetreideverbrauch mit 1,79 Mrd. t angegeben und überstieg damit deutlich die Produktion, so dass die Weltgetreidevorräte abgebaut werden mussten und im Winter 2010 die Versorgungslage deutlich knapper war wie 2009<sup>1</sup>.

In der EU-27 blieb die Erzeugung mit rund 275 Mio. t um etwa 20 Mio. t hinter dem Ergebnis des Vorjahres (295 Mio. t) zurück. In Frankreich, der wichtigsten Anbauregion in der EU, sank die Erzeugung um etwa 4 Mio. t, in Deutschland um etwa 6 Mio. t. Dies

ist auf die Einschränkung der Getreideanbauflächen in der EU von 58,6 Mio. ha auf 56,4 Mio. ha unter anderem aufgrund anderer preiswürdigerer Kulturen für nachwachsende Rohstoffe zurückzuführen. Auch in Deutschland wurde die Getreidefläche um etwa 3 % reduziert auf 6,7 Mio. ha. Das Vegetationsjahr 2010 war durch verschiedene witterungsbedingte Extreme gekennzeichnet, die z. T. zu unbefriedigenden Erntemengen und Qualitäten führten. Regionsspezifische Trockenheits- und Hitzephasen führten zu Notreife bei Weizen und Roggen. Starke lang anhaltende Regenperioden während der Erntemonate verzögerten die Ernte teilweise erheblich. In Rheinland-Pfalz haben die Landwirte im Jahr 2010 auf rund 233.000 ha Getreide zur Körnergewinnung angebaut, 2,3 % weniger als im Vorjahr. Dies entspricht etwa 58% des Ackerlandes. Die mit Abstand wichtigste Getreideart blieb Winterweizen mit etwa 116.000 ha. Seine Anbaufläche nahm gegenüber dem Vorjahr nochmals um 7,3 Prozent zu. Dagegen gingen die Anbauflächen insbesondere von Gerste, aber auch von Roggen und Triticale weiter zurück. 64 dt/ha Ertrag wurde durchschnittlich bei Getreide erzielt, der Wert liegt leicht über dem langjährigen Mittel (62 dt/ha). Im Vergleich zum sehr guten Vorjahresergebnis konnte der der Hektarertrag allerdings nicht an das sehr gute Vorjahresergebnis heranreichen und fiel um 3,6 % niedriger aus<sup>5</sup>. Mit gut 1,5 Mio. Tonnen verfehlte die Getreideernte in Rheinland-Pfalz das sehr gute Vorjahresergebnis um 6 Prozent, liegt aber immer noch um 2 % über dem langjährigen Durchschnitt.

Die Weltmarktpreise bewegten sich im laufenden Wirtschaftsjahr von einer zunächst anhaltenden Stagnation auf eine außergewöhnliche Höhe. Die anhaltende Hausse hatte verschiedene Gründe. Unter anderem führte eine deutliche geringere Ernte in Russland und ein darauf hin von der russischen Regierung erlassenes Ausfuhrverbot, sowie Ernteverluste in der Ukraine und Kasachstan sowie der EU zu einem reduzierten Angebot. Die daraus vermutete knappe Versorgungslage, ein prognostizierter erhöhter Konsum und eine reduzierte Soja- und Maisernte in den USA heizte die Börsen so an, dass von einem Jahrhunderthoch der Preisnotierungen gesprochen wurde.

Innerhalb der EU waren zu Jahresbeginn aufgrund der großen Ernten 2008 und 2009 die Bestände an Getreide weiter angestiegen. Die Preise bewegten sich daher an der Matif in Paris lange Zeit zwischen 120 und 130 €/t und sanken im März aufgrund der zu dieser Zeit noch positiven Ernteerwartung auf 115 €/t. Meldungen über eine verregnete Aussaat in Kanada und Trockenheit in Teilen Europas führten zu einem stetigen Aufwärtstrend der Notierungen, die sich im Juni von 130 €/t auf 171 €/t bewegten. Durch das erwartete globale Versorgungsdefizit trat eine Preisrallye ein, die

---

<sup>1</sup> Töpfer international, Marktberichte

<sup>2</sup> Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

die Notierungen an der Pariser Börse für Weizen zum Jahreswechsel auf 252 €/t hochzog. Dies waren 112 €/t mehr als zu Saisonbeginn und 120 €/t mehr als im Vorjahr.

Die Weizenexporte der EU verfehlten 2010/11 mit 21,0 Mio. t das Vorjahresvolumen von 22,1 Mio. t 2009/10. Auch die Getreideimporte lagen mit 4,5 Mio. t unter dem Ergebnis des Vorjahres von 5,5 Mio. t<sup>6</sup>. Getreide nimmt auch weiterhin eine zentrale Rolle bei den Futtermitteln ein und umfasst etwa einen Anteil von 50 % in Mischfuttermitteln. Die relativ hohen Anfangsbestände und Interventionsmengen konnten die kleinere Ernte teilweise ausgleichen, z.B. bei Gerste. Bei Mais musste der Bedarf jedoch durch höhere Importe kompensiert werden. Auf dem Gerstenmarkt hatte die EU in diesem Erntejahr große Exportchancen, da Russland als Lieferant ausfiel. Der Rückgang der Sommergerstenanbauflächen - seit 50 Jahren die kleinste Fläche in Rheinland-Pfalz - hat auch bei Braugerste zu knappen Vorräten geführt, so dass sich zum Ende des Jahres deutlich höhere Preise entwickelten. Es bleibt zu hoffen, dass dadurch der Anbaurückgang im Braugerstenland Rheinland-Pfalz abgebremst wird.

## **2.6 Entwicklung des Ölsaatenmarktes**

Die Weltölsaaternte lag im Wirtschaftsjahr 2010/2011 bei etwa 440,38 Mio. t. Aufgrund ungünstiger Witterungsverhältnisse blieb die Ernte in Argentinien, Europa und Russland unter den Erträgen des Vorjahres. Die Produktion erreichte trotz deutlich ausgeweiteter Anbaufläche nur etwa das Niveau des Vorjahres. Die Weltrapserzeugung wurde mit 58,32 Mio. t um etwa 2,3 Mio. t unter der Produktion des Vorjahres (60,62 Mio. t) ermittelt. Im Wirtschaftsjahr 2010/2011 wird der Weltölsaatenverbrauch mit 447 Mio. t deutlich über dem der vergangenen Periode (426 Mio. t) liegen. Die vorhandenen Bestände werden daher im Wirtschaftsjahr 2010/2011 teilweise abgebaut.

An der Wareterminbörse in Paris stiegen die Notierungen für Raps von 326 €/t (01.07.2010) auf 520 €/t (09.01.2011). Hintergrund dieser Entwicklung ist die weltweit knappe Versorgungslage auf dem Ölsaaten-Markt. Entscheidende Faktoren dafür sind unter Anderem eine steigende Nachfrage nach Ölschroten und Ölen aus Asien und ein politisch getriebener Anstieg der Biodieselproduktion.

Vor allem auf dem EU-Markt ist die Versorgung mit Raps knapp, da die Beimischungsverpflichtungen für Biodiesel eingehalten werden müssen. Etwa 60-65 % des in der EU verwendeten Biodiesels basieren auf Raps.

---

<sup>6</sup> Töpfer international, Marktbericht März 2011

2010 war zum ersten Mal in der Geschichte Winterraps die zweitwichtigste Anbaufrucht auf rheinland-pfälzischem Ackerland. Mit 46.700 Hektar (plus 5,0 Prozent) verdrängte er die Sommergerste von ihrem angestammten 2. Platz. Das Erntejahr 2010 war durch einen schneereichen Winter, mehrere lang anhaltende Niederschlagsperioden und eine Trockenperiode mit großer Hitze geprägt. Deshalb konnte der Winterraps trotz der Flächenzunahme die Rekordernte des Jahres 2009 (186.000 t) nicht erreichen. Im Jahr 2010 wurde ein um 10.000 t niedrigerer Ertrag (rund 176.000 t) erzielt. Der Durchschnittsertrag lag 2010 mit 38 dt/ha um etwa 3 dt/ha unter dem des Vorjahres.<sup>7</sup>

## 2.7 Entwicklung des Zuckermarktes

Im Gegensatz zum kontinuierlichen Aufwärtstrend des Jahres 2009 war die Preisentwicklung am Weltzuckermarkt im Jahr 2010 zunächst durch einen massiven Preisverfall, dann aber durch einen langen und raschen Erholungsprozess gekennzeichnet. Im Februar 2010 erreichte der Preis für Weißzucker an der Börse in London mit umgerechnet rund 552 €/t den höchsten Stand seit 29 Jahren. Die anschließend einsetzende Talfahrt endete im April 2010 bei rund 358 €/t. Der Preisanstieg in den darauf folgenden Monaten führte mit einer kurzen Unterbrechung im November 2010, zu einem Rekordhoch von 577 €/t im Januar 2011. Damit lag der Weltmarktpreis deutlich über dem von der EU festgesetzten Referenzpreis.

Diese Preisentwicklung wurde durch eine knappe Versorgungslage infolge des Anstiegs des Weltzuckerverbrauchs bei gleichzeitig wetterbedingten Produktionseinbußen verursacht. Die Weltzuckererzeugung deckte bereits in den beiden vorangegangenen Jahren nicht den Verbrauch. Dadurch mussten die globalen Zuckerbestände auf das niedrigste Niveau innerhalb der letzten 20 Jahre zurückgeführt werden. Für das Zuckerwirtschaftsjahr 2010/2011 wird die Welterzeugung mit 166,9 Mio. t um etwa 2,8 Mio. t über dem Weltverbrauch von Zucker mit 164,1 Mio. t geschätzt<sup>8</sup> und von einem leichten Anstieg der Bestände ausgegangen.

Durch die Reform der Zuckermarktordnung 2006 wurde der Anbau erheblich eingeschränkt. Nur noch knapp 85 % des EU-Zuckerbedarfs werden derzeit durch heimische Erzeugung gedeckt. Auf dem EU-Markt wird Zucker daher stark nachgefragt, zumal Importe aufgrund des höheren Weltmarktpreises schwierig sind.

Auch die Zuckererzeugung in Deutschland lag um etwa 18 % unter dem Vorjahresergebnis<sup>9</sup> die Erträge aus den Proberodungen entsprachen etwa einem Durchschnittsertrag von rund 65 t/ha.

<sup>7</sup> Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

<sup>8</sup> Analystenhaus F.O Licht

<sup>9</sup> Zwischenbericht Südzucker 3. Quartal 2010

In Rheinland-Pfalz blieb der Zuckerrübenanbau mit 18.600 Hektar im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant. Anders als bei anderen Kulturen waren die Wetterbedingungen 2010 ideal für die Zuckerrübenerzeugung. Der warme Sommer und die starken Niederschläge im Herbst hatten eine gute Entwicklung der Jungpflanzen und ein gleichmäßiges Wachstum ermöglicht. Allerdings war die Rübenkampagne in den Wintermonaten auch durch Erschwernisse aufgrund von Schnee und Eis gekennzeichnet. Die Zuckerrübenanbauer wurden dafür durch Prämien für erschwerte Witterungsbedingungen und attraktive Rübenpreise entschädigt. Insgesamt wurde in Rheinland-Pfalz ein Rübenenertrag von durchschnittlich 72,8 t/ha erzielt, der deutlich über dem Vorjahresergebnis lag. Allerdings wurde der durchschnittliche Zuckergehalt um mehr als 1 % unter dem des Vorjahres mit 17,3 % analysiert.<sup>10</sup>

### **3. Entwicklung der Agrareinkommen in der Europäischen Union**

Die landwirtschaftlichen Einkommen in der Europäischen Union haben nach herben Verlusten 2009 im Kalenderjahr 2010 wieder kräftig zugelegt und belegen damit schon die eingangs angedeutete Entwicklung für das Wirtschaftsjahr 2010/11: Laut Angaben des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat) erhöhte sich das Realeinkommen je Arbeitskraft gegenüber dem Vorjahr im EU-Mittel um 12,3 %. Die deutschen Betriebe können danach sogar ein Plus von 22,8 % verbuchen. Damit gehört die Bundesrepublik zu einer Gruppe von 16 Mitgliedstaaten, in denen der Zuwachs überdurchschnittlich ausfällt. Die deutschen Bauern verdienen 2010 ein Viertel mehr als 2005. Ausschlaggebend dürfte das Anziehen der Milchpreise sein. In der pflanzlichen Produktion konnten vor allem Ölsaaten, Getreide, Kartoffeln und Gemüse teurer verkauft werden als ein Jahr vorher.

---

<sup>10</sup> Verband der hessisch-pfälzischen Zuckerrübenanbauer e.V.

**Tabelle 7: Veränderung des realen landwirtschaftlichen Einkommens<sup>11</sup> je Arbeitskraft im Jahr 2010**

Veränderung des realen landwirtschaftlichen Einkommens je Arbeitskraft in Europa <sup>1)</sup> (2009 und 2010)					
	2010/09 in %.	Indizes 2010 (2005=100)		2010/09 in %.	Indizes 2010 (2005=100)
Belgien	+24,1	133,6	Niederlande	+32,0	116,0
Bulgarien	+23,0	154,2	Österreich	+12,4	105,5
Dänemark	+54,8	77,8	Polen	+18,4	153,6
Deutschland	+22,8	125,0	Portugal	+6,8	107,4
Estland	+48,8	140,6	Rumänien	-8,2	84,9
Finnland	-1,2	107,4	Schweden	+17,6	111,5
Frankreich	+31,4	113,8	Slowakei	+6,0	117,1
Griechenland	- 4,3	85,8	Slowenien	+6,9	92,7
Großbritannien	-8,2	115,9	Spanien	+6,5	99,9
Irland	+39,1	92,5	Tschechien	+3,1	101,7
Italien	-3,3	83,1	Ungarn	+14,7	123,0
Lettland	+25,5	128,5	Zypern	-0,3	92,0
Litauen	+19,5	127,3	EU27	+12,3	110,0
Luxemburg	+15,9	66,5	Norwegen	+8,3	113,4
Malta	+14,2	114,5	Schweiz	-2,0	103,0
1) Schätzungen					

Besonders positiv fiel die Entwicklung in Dänemark aus: Dort erwirtschaften die Betriebe je Arbeitskraft aktuell 54,8 % mehr als 2009. Trotz dieses Sprungs wird das Einkommensniveau von 2005 dort nur zu 77,8 % erreicht. Sehr positiv entwickeln sich die Einkommen ferner in Irland, den Niederlanden und Frankreich. In Österreich liegt der Zuwachs mit 12,4 % nur knapp über dem EU-Mittel. Damit erreichen die Betriebe der Alpenrepublik 5,5 % höhere Einnahmen als vor fünf Jahren.

<sup>11</sup> Das **landwirtschaftliche Einkommen** umfasst das in einem bestimmten Buchungszeitraum aus landwirtschaftlichen Tätigkeiten (sowie nicht trennbaren nichtlandwirtschaftlichen Nebentätigkeiten) hervorgegangene Einkommen, auch wenn die entsprechenden Einkünfte in einigen Fällen erst später empfangen werden. Es handelt sich somit nicht um das tatsächlich im Buchungszeitraum erhaltene Einkommen. Im Übrigen sollte es nicht mit dem Gesamteinkommen der in der Landwirtschaft tätigen Haushalte verwechselt werden, denn diese können neben ihrem rein landwirtschaftlichen Einkommen auch Einkommen aus anderen Quellen (nichtlandwirtschaftliche Tätigkeiten, Löhne oder Gehälter, Sozialleistungen, Einkommen aus Vermögen) beziehen.

Die vorliegenden Schätzungen wurden von den nationalen Behörden der Mitgliedstaaten der Europäischen Union **nach der Methodik der Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung** ermittelt (diese ist der Methodik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ESG 95 sehr ähnlich, enthält jedoch einige Änderungen, um den besonderen Gegebenheiten der Landwirtschaft gerecht zu werden).

Das reale landwirtschaftliche Faktoreinkommen je Jahresarbeitseinheit entspricht der realen Nettowertschöpfung zu Faktorkosten der Landwirtschaft je Jahresarbeitseinheit insgesamt. Die Nettowertschöpfung zu Faktorkosten wird errechnet, indem vom Wert der landwirtschaftlichen Produktion zu Herstellungspreisen der Wert der Vorleistungen, der Abschreibungen und der sonstigen Produktionsabgaben abgezogen und der Wert der sonstigen Subventionen hinzugerechnet wird.

Alle Werte und Preisdaten in dieser Pressemitteilung werden in realen Werten dargestellt, d.h. bereinigt durch die Verwendung der impliziten Deflatoren des Bruttoinlandsprodukt (BIP).

Um auch Teilzeitarbeit und Saisonarbeit berücksichtigen zu können, werden der landwirtschaftliche Arbeitseinsatz und seine Veränderung in Jahresarbeitseinheiten (JAE; eine JAE entspricht einer Vollzeitbeschäftigung).

Unterdurchschnittlich verläuft das Wachstum u.a. in Spanien und Portugal, während sich die Situation in Großbritannien, Rumänien, Griechenland, Italien, Finnland und Zypern weiter verschlechtert. In Italien werden 2010 nur noch 83,1 % des Einkommensniveaus von 2005 erreicht. Das Schlusslicht im mittelfristigen Vergleich bleibt Luxemburg: Trotz einer Einkommenssteigerung um 15,9 % gegenüber 2009 erreicht das Arbeitskräfteeinkommen nur 66,5 % des Niveaus von 2005.

Laut Eurostat ist das reale landwirtschaftliche Einkommen gegenüber 2009 im EU-Durchschnitt um 9,9 % gestiegen. Das zusätzliche Plus je Arbeitskraft kommt durch eine gleichzeitige Verringerung des Arbeitseinsatzes in der Landwirtschaft um 2,2 % zustande. Seit 2005 ist das reale landwirtschaftliche Einkommen je Arbeitskraft in der EU-27 um schätzungsweise 10,0 % gestiegen, während der Arbeitseinsatz um 12,7 % abgenommen hat. Die jüngste Erhöhung des realen Einkommens führt Eurostat hauptsächlich auf die Verbesserung der realen Erzeugerpreise um durchschnittlich 4,3 % zurück. Die realen Vorleistungskosten sind laut der ersten Schätzungen nur um 0,8 % gestiegen. Teurer als 2009 sind im auslaufenden Jahr insbesondere Schmierstoffe, Futtermittel sowie die Instandhaltung von Gebäuden. Einen vergleichsweise geringen Einfluss messen die Statistikexperten dem um 1,2 % verringerten Wert der Subventionen abzüglich Steuern bei. Gleiches gilt für die realen Abschreibungen, deren Wert sich um 0,4 % erhöht.

Der Pflanzenbau kann sich über einen um 6,3 % gestiegenen Produktionswert freuen. Zwar erwartet Eurostat für 2010 einen Produktionsrückgang um 2,4 %, wobei Zuckerrüben mit 6,8 %, Kartoffeln mit 6,7 % und Obst mit 4,0 % als besonders betroffen gelten. Diese Entwicklung kann jedoch durch Preiserhöhungen um durchschnittlich 8,9 % mehr als ausgeglichen werden.

Die Notierungen legen für Ölsaaten im Jahresvergleich um schätzungsweise 27,1 % zu, für Getreide um 22,5 %. Gleichzeitig dürften sich Kartoffeln um 13,1 % und frisches Gemüse um 9,0 % verteuern. Ausgedehnt wurde die Erzeugung von Eiweißpflanzen, nämlich um 27 %. Ferner wurden voraussichtlich 17 % mehr Olivenöl als 2009 produziert, was unmittelbar mit einem Preiserückgang um 0,4 % bestraft wird. Das Reisaufkommen steigt um 1,9 %. Der Wert tierischer Produkte klettert insgesamt um 2,4 %. Dafür sorgt insbesondere die Erholung der Milchpreise: Deren Vorjahresniveau wird um 9,4 % übertroffen. Auch für Schafe und Ziegen gibt es mit einem Plus von 7,0 % einen deutlichen Mehrerlös. Die Rinderpreise steigen leicht um 0,4 %, während Eurostat mit einer Verschlechterung der Schweinenotierungen um 2,6 % rechnet.

In den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union waren 2009 im Durchschnitt rund 5,6 % der beschäftigten Personen in der Landwirtschaft tätig. Doch von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat gab und gibt es erhebliche Unterschiede.<sup>12</sup>

Weit überdurchschnittlich war die Zahl der Agrarbeschäftigten in Rumänien mit 27,8 % und Bulgarien mit 19,3 %. Auch Polen mit 17,6 % sowie in Griechenland (11,8 %) und Portugal (10,9 %) war der Anteil der in der Landwirtschaft tätigen Personen überdurchschnittlich hoch. Deutlich unter dem EU-Durchschnittswert lag der Anteil der Agrarbeschäftigten in Frankreich (3,2 %), in Dänemark (2,8 %), in den Niederlanden (2,9 %), in Schweden (2,1 %), in Deutschland (2,1 %) und in Belgien (1,8 %). "Schlusslicht" in dieser Beschäftigtenskala bildet Großbritannien, wo der Anteil der in der Landwirtschaft Tätigen gerade bei nur noch 1,1 % liegt. Zwar hat sich in den vergangenen Jahren der Strukturwandel in allen EU-Staaten fortgesetzt, so dass der Anteil der in der Landwirtschaft tätigen Personen weiter zurückgegangen sein dürfte, doch an den erheblichen Unterschieden innerhalb der EU hat sich grundsätzlich keine wesentliche Änderung ergeben.

## 4. Positionen der Landesregierung zu ausgewählten agrar- und weinbaupolitischen Themen

### 4.1 Jahresüberblick

Das Jahr 2010 steht auf allen Ebenen für einen Neuanfang. Ziel aller Initiativen ist, dass Europa gestärkt aus der Wirtschafts- und Finanzkrise hervorgeht. Die tief greifende **Finanz- und Wirtschaftskrise**, die im Jahre 2008 begonnen hatte, konnte im Laufe des Jahres 2010 von den meisten Mitgliedstaaten erfreulicherweise überwunden, ihre die jeweiligen Volkswirtschaften prägenden Sektoren wieder auf einen zunehmend stabilen Wachstumspfad mit steigenden Beschäftigungszahlen geführt werden. Zur **Euro-Stabilisierung** wurde flankierend ein Rettungsschirm aufgespannt.<sup>13</sup>

Das Jahr 2010 war darüber hinaus geprägt von intensiven Diskussionen um die Vorbereitung der nächsten EU-Förderperiode 2014 bis 2020 (vgl. hierzu insbesondere die EU-Strukturfonds, die GAP und die Mitteilung zur Überprüfung des EU-Haushalts<sup>14</sup>). Die **Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)** wurde im Jahre 2010 von der spanischen und der belgischen EU-Ratspräsidentschaft im Lichte des kurz zuvor am 1.12.2009 in Kraft

<sup>12</sup> Vgl. Top Agrar, News vom 03.06.2011.

<sup>13</sup> Vgl. hierzu die teils kritischen Entwicklungen der öffentlichen Haushalte in Griechenland, Irland, Portugal und Spanien.

<sup>14</sup> Vgl. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die nationalen Parlamente, Überprüfung des EU-Haushalts, KOM(2010) 700 endg., Brüssel, 19.10.2010.

getretenen Lissabon-Vertrages angeführt. Neben den Ergebnissen, die der **Europäische Agrarministerrat** in den Bereichen **Milchmarkt, Branntweinmonopol** sowie der Anberatung der Mitteilung der Europäischen Kommission vom 18.11.2010 zur **Zukunft der GAP bis 2020** erzielt hat, ist besonders der **Europäische Rat** vom 17. Juni 2010 zu erwähnen, der mit seiner Beschlussfassung zur **EU-2020-Strategie**<sup>15</sup> ein weitreichendes Nachfolgeprogramm für die Lissabon-Strategie verabschiedet und dabei ausdrücklich auch die GAP in den Kreis der relevanten Politiken einbezogen hat, die für die Zielerreichung der EU-2020-Strategie bedeutsam sind.

Agrarpolitischer Höhepunkt des Jahres 2010 war die **Mitteilung der Europäischen Kommission vom 18.11.2010** an den Rat und das Europäische Parlament zur **Zukunft der GAP bis 2020**.<sup>16</sup> Die Europäische Kommission hatte dazu im Vorfeld eine breite, Internet basierte Öffentlichkeitsbeteiligung<sup>17</sup> von April bis Juni 2010 mit einer Abschlussveranstaltung im Juli 2010 (rd. 600 Teilnehmer als „closed shop“) in Brüssel vorgenommen, deren Ergebnisse in die Mitteilung vom 18.11.2010 eingeflossen sind.

Die Vorschläge reichen von der geringfügigen Anpassung des jetzigen Modells mit den zwei Säulen Direktzahlungen einschließlich Marktmaßnahmen und ländliche Entwicklung über die Änderung der Förderung mit Hilfe des „Greenings“ der 1. Säule in Zahlungen für die Bereitstellung öffentlicher Güter plus ergänzender Zahlungen für Maßnahmen zum Klima- und Umweltschutz bis hin zu einer schrittweisen Einstellung der Direktzahlungen in ihrer jetzigen Form.

Aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre sowie der neuen Herausforderungen und Rahmenbedingungen auf europäischer Ebene (Klimawandel, erneuerbare Energien, Artenvielfalt, Ressourcenschonung, Strategie Europa 2020) werden deshalb drei **Ziele** definiert:

- rentable Nahrungsmittelerzeugung, um vor dem Hintergrund des steigenden weltweiten Bedarfs, der Wirtschaftskrise und wesentlich stärkerer Marktschwankungen zur Ernährungssicherheit beizutragen;
- nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und Klimamaßnahmen, wobei berücksichtigt werden soll, dass Landwirte häufig ökologische über wirtschaftliche Erwägungen stellen müssen, die entsprechenden Kosten vom Markt jedoch nicht vergütet werden und

---

<sup>15</sup> Vgl. Mitteilung der Europäischen Kommission, Europa 2020 - Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, KOM(2010) 2020, Brüssel, 3.3.2010.

<sup>16</sup> Vgl. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen, Die GAP bis 2020: Nahrungsmittel, natürliche Ressourcen und ländliche Gebiete - die künftigen Herausforderungen, KOM(2010) 672 final, Brüssel, 18.11.2010.

<sup>17</sup> Knapp 6000 Beiträge sind in diesem Rahmen bei der Europäischen Kommission eingegangen.

- ausgewogene räumliche Entwicklung, um dem Stellenwert der Landwirtschaft als bedeutenden wirtschaftlichen und sozialen Akteur in den ländlichen Gebieten und als Unterstützer bei der Erhaltung eines lebendigen ländlichen Raums gerecht zu werden.

Darauf basierend wird in der Mitteilung untersucht, mit welchen **künftigen Instrumenten** diese Ziele am besten verwirklicht werden können. In Bezug auf die Direktzahlungen wird festgestellt, dass sie anhand objektiver, gerechter und für den Steuerzahler leicht verständlicher Kriterien neu und zielgerichteter konzipiert werden sollten. Diese Kriterien sollten sowohl wirtschaftlicher Art („Einkommensstützungselement“ der Direktzahlungen) als auch ökologischer Art (Berücksichtigung der von den Landwirten erbrachten öffentlichen Güter) sein und auf die Unterstützung der aktiven Landwirte abzielen. Die marktbezogenen Maßnahmen (öffentliche Intervention und Beihilfen für die private Lagerhaltung) könnten vereinfacht werden und um neue Elemente zur Verbesserung der Funktionsweise der Lebensmittelversorgungskette eingeführt werden.

Die bisherige Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums zur Förderung der Nachhaltigkeit des Agrarsektors soll an den Zielen der EU-Strategie 2020 ausgerichtet und um zusätzliche Aspekte in den Bereichen Umwelt, Klimawandel und Innovation ergänzt werden. Hierzu werden ggf. mit dem „Gemeinsamen strategischen Rahmen“ Vorgaben gemacht bzw. es werden durch eine Variation der Kofinanzierungsätze „Anreize“ gesetzt. Die Bedeutung von Direktverkäufen, von lokalen Märkten sowie die Bedürfnisse von Junglandwirten sollen mehr betont und das Leader-Konzept noch stärker integriert werden. Um die Effizienz zu steigern, schlägt die Kommission den Übergang zu einem stärker ergebnisbasierten Ansatz mit quantifizierten Zielen vor. Als neues Element der künftigen Politik zur ländlichen Entwicklung bringt sie außerdem ein Instrumentarium für das Risikomanagement ins Spiel, damit besser auf Marktunsicherheiten und Einkommensschwankungen reagiert werden kann. Die Mitgliedstaaten sollten die Möglichkeit erhalten, über WTO-kompatible Instrumente zur Einkommensstabilisierung (Versicherungen oder Investmentfonds) einzuführen und so Produktions- und Einkommensrisiken zu begegnen.

Diese Überlegungen werden in der Mitteilung in **drei konkreten Optionen für die Gesamtstruktur der GAP nach 2013** zusammengefasst. Alle Optionen sehen die **Beibehaltung des derzeitigen Systems mit zwei Säulen** vor: einer ersten Säule mit Direktzahlungen und marktbezogenen Maßnahmen sowie einer zweiten Säule mit mehrjährigen Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums. Die drei Optionen

sehen wie folgt aus:

- 1. Anpassung des derzeitigen GAP-Rahmens, wobei an die Elemente der bestehenden Agrarpolitik angeknüpft würde, die reibungslos funktionieren, und sich die Anpassungen auf den Bereich der gerechten Verteilung der Direktzahlungen konzentrieren würde. Bei diesem Modell blieben die Direktzahlungen erhalten, würden zwischen den alten und neuen Mitgliedstaaten aber angeglichen. Auch die marktbezogenen Maßnahmen würden fortbestehen, hier aber das Risikomanagement verstärkt. Bei der Entwicklung des ländlichen Raums würden mehr Mittel zur Bewältigung neuer Herausforderungen wie Klimawandel, Erhalt der Biodiversität und Innovation bereitgestellt.
- 2. Moderate Reform hin zu einer nachhaltig gestalteten GAP mit modernen politischen Zielen, um eine bessere Balance zwischen den verschiedenen politischen Zielen, den Landwirten und den Mitgliedstaaten zu erreichen. Die Direktzahlungen würden in ein gestaffeltes System mit einer einkommensstützenden Basisprämie überführt, die durch Zuschläge für die Bereitstellung öffentlicher Güter, für den Ausgleich natürlicher Nachteile oder zur Lösung spezifischer regionaler Probleme ergänzt würde. Die vorhandenen Marktmaßnahmen würden vereinfacht und die ländliche Entwicklung auf die Europa-2020-Strategie ausgerichtet.
- 3. Grundlegende Reform der GAP mit einem starken Fokus auf Umwelt- und Klimaziele. Nach der sukzessiven Abschaffung sämtlicher Direktzahlungen und Marktmaßnahmen würde langfristig nur noch die Bereitstellung öffentlicher Güter begrenzt entlohnt und die Förderung der ländlichen Entwicklung komplett auf den Klimawandel und Umweltaspekte konzentriert.

Die Vorschläge sind vom Rat und vom EP zu diskutieren. Seit Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon zum 1.12.2009 ist das Parlament gleichberechtigt an den Entscheidungen im Agrarbereich beteiligt. Berichterstatter im zuständigen Agrarausschuss des EP ist der Abgeordnete Albert Deß. Die Kommission hat die **Rechtstexte für Ende 2011** angekündigt.

Auch wenn sich die Kommission in ihrer Mitteilung nicht für eine der drei Optionen ausspricht, so wird aus den Argumenten doch klar, dass sie den **zweiten Vorschlag** klar bevorzugt. Er dürfte auch der Einzige sein, der realisierbar ist, sowohl vor dem Hintergrund der Gleichbehandlung der Landwirte in der EU als auch in Bezug auf die

Zustimmung der Mitgliedstaaten. Das Europäische Parlament dürfte sein neues Mitspracherecht nutzen, um die Zukunft der GAP mit zu gestalten. Option zwei erscheint fast wie eine Kompromisslösung, mit der die Kommission sowohl den Interessen der unterschiedlichen Akteure der Agrarpolitik (Landwirte, Umweltschützer, Mitgliedstaaten, EP) als auch den übergeordneten Zielen (sparsamer Haushalt, neue Ziele der EU) gerecht werden will. Positiv zu bewerten ist, dass es zu keinen großen Brüchen bei der Agrarförderung in Bezug auf die Zweisäulenarchitektur und die konkreten Maßnahmen kommt. Auch wenn in der Mitteilung vom 18.11.2010 noch keine Aussagen zur Finanzausstattung gemacht werden, dürfte aber absehbar sein, dass die alten Mitgliedstaaten und die ertragsstarken Standorte finanzielle Einbußen hinnehmen müssen.

Insgesamt erscheint das in Option zwei vorgeschlagene System der Direktzahlungen in der ersten Säule mit einem „Greening“ in Abgrenzung zur zweiten Säule noch unklar. Die bisherige Ausgleichzulage für benachteiligte Gebiete soll weiterhin über die zweite Säule gefördert werden. Das neue System dürfte trotz aller gegenteiligen Beteuerungen zu erheblichem Verwaltungsaufwand führen.

Die Mitteilung der Kommission macht keine Aussagen zum für Rheinland-Pfalz wichtigen Thema Weinbau. In der Vergangenheit waren aber die Bestrebungen der Kommission erkennbar, die Sonderstellung des Weinbaus in der Agrarpolitik mehr und mehr abzubauen (Integration der Gemeinsamen Marktordnung Wein in eine allgemeine Marktordnung für alle Agrarprodukte). Es wäre für das Land von Vorteil, wenn die besonderen Interessen des Weinbaus (beispielsweise die nationalen Stützungsprogramme) auch weiterhin getrennt diskutiert und nicht in die Diskussion über die langfristige Gestaltung und Finanzierung der GAP aufgenommen würden.

Aus rheinland-pfälzischer Sicht ist darüber hinaus zu bemerken:

Die Auswirkungen der Reform der Weinmarktordnung im Jahre 2008 müssen von der Europäischen Kommission bewertet werden. Dazu muss die Kommission **bis Ende 2012** dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Bericht vorlegen. Diese Reform enthält positive Elemente, die es zu verstärken gilt und birgt Gefahren, die zu verhindern sind. Insbesondere folgende Punkte sind zu aufzugreifen:

1. Die Rahmenregelung in der Verordnung über die der nationalen Stützungsprogramme hat sich bewährt. Die Sicherung der Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit der Weinwirtschaft muss auch über 2013 hinaus im

bisherigen Umfang sichergestellt werden.

2. Die Absatzförderung für Weinerzeugnisse sollte auch auf Maßnahmen, die im Binnenmarkt greifen, ausgedehnt werden.
3. Der Anbaustopp für Reben darf nicht aufgegeben werden. Er muss zumindest bis 2025 fortgeführt und den Mitgliedstaaten eine Ermächtigung eingeräumt werden, für die Anbaugebiete einen Anbaustopp in nationaler Zuständigkeit über den genannten Zeitraum hinaus weiterzuführen.
4. Weinbauregionen sollen weiterhin Herstellungs- und Bezeichnungsregelungen, für Weine mit geschützten geografischen Angaben (Land- und Qualitätsweine), die bereits vor der Reform geschützt waren, gestalten und weiterentwickeln dürfen.

#### 4.2 Die GAP auf dem Weg nach 2020 - Beratungen 2010 in Deutschland

Auf Bundes- und Bundesländerebene wurde die **Weiterentwicklung der GAP nach 2013** intensiv auf allen institutionellen Ebenen diskutiert. Besonders zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang die

- Agrarministerkonferenz in Plön am 30. April 2010,
- Agrarministerkonferenz in Lübeck am 8. Oktober 2010,
- Stellungnahmen der Bundesregierung vom 31. März 2010 und 28. Januar 2011,
- Ministerpräsidentenkonferenz in Berlin am 15.12.2010,
- die Bundesratssitzung am 17. Dezember 2010: in dieser Sitzung hat der Bundesrat nicht nur eine Stellungnahme zur Zukunft der GAP bis 2020, sondern auch zur Überprüfung des EU-Haushalts abgegeben und die Bedeutung der GAP und der Kohäsionspolitik als eines der erfolgreichsten Instrumente der EU zur solidarischen Unterstützung der schwächeren Regionen und zur Schaffung von Wachstum und Wohlstand in ganz Europa begrüßt und unterstützt.

Die **Position zur Zukunft der GAP** kann aus deutscher Sicht für den Verlauf des Jahres 2010 entsprechend und am Beispiel der Haltung des Bundesrates - kurz skizziert - wie folgt zusammengefasst werden: zu wesentlichen Inhalten der Kommissionsvorschläge vom 18.11.2010 wird eine teils kritische und teils ablehnende Haltung eingenommen, dazu einige Einzelaspekte:

- ◆ Ein Greening der Direktzahlungen wurde zu Beginn des Jahres überwiegend abgelehnt (u. a. zunehmender Bürokratie- und Kontrollaufwand, sinkende Einkommensbeiträge der 1. Säule, Gefahr der Doppelförderung, regionale und

betriebsformspezifische Probleme etc); die Stimmung wandelte sich allerdings allmählich - insbesondere in der Frage des „Greenings“ der Direktzahlungen. Inzwischen besteht kaum mehr ein Zweifel, dass es zu einem Greening der künftigen GAP kommen wird, und zwar dahingehend, dass diese Ökologisierungskomponente entsprechend dem Kommissionsvorschlag in der 1. Säule etabliert wird.

- ◆ Das 2-Säulen-Modell der GAP ist zu erhalten (hier gibt es keinen Dissens mit der EU-Kommission).
- ◆ Deutschland setzt sich für einen starken EU-Agrarhaushalt auch nach 2013 ein. Inzwischen hat die Europäische Kommission am 29. Juni 2011 den Mittelfristigen Finanzrahmen (MFR) für den Zeitraum 2014 bekanntgegeben. Die Kommission hat die Weichen grundsätzlich in die richtige Richtung gestellt, selbst wenn im Rahmen der anstehenden interinstitutionellen Verhandlungen noch Nachbesserungsbedarf besteht, weil u.a. die 2. Säule zur Bewältigung der „Neuen Herausforderungen“ (z. B. des Klimawandels, der Energiewende, der Bewahrung der Artenvielfalt und der natürlichen Lebensgrundlagen von Boden, Wasser und Luft) bedauerlicherweise nicht gestärkt wird. Auch stellt die GAP den einzigen Bereich der Finanziellen Vorausschau dar, der von 39,4 v. H. auf 36,2 v. H. des Gesamtansatzes abnimmt, allerdings mit einem Gesamtvolumen von 386,9 Mrd. € (*in Preisen von 2011*) - davon 281,8 Mrd. € für die 1. Säule und 89,9 Mrd. € für die 2. Säule - nach wie vor über einen der größten Haushaltsansätze verfügt. Im Übrigen hat die Kommission auch inhaltlich weitere Eckpunkte zur Zukunft der GAP mit dem MFR bekannt gegeben, so z. B. zum Greening mit einem Anteil von 30 v. H. der Direktzahlungen und zur Kappung/Degression der Direktzahlungen in Abhängigkeit von der Betriebsgröße und den bereit gestellten Arbeitsplätzen. Das Land Rheinland-Pfalz setzt sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür ein, dass die 2. Säule finanziell gestärkt wird und keinesfalls eine Mittelumverteilung von der zweiten in die erste Säule erfolgt. Ein wichtiges Anliegen des Landes ist es darüber hinaus, dass die Kofinanzierungssätze für die europaweit als prioritär definierten „Neuen Herausforderungen“ deutlich erhöht werden, um der schwierigen Haushaltssituation in den Mitgliedsstaaten und in den Bundesländern gerecht zu werden. Nur mit entsprechender Kofinanzierung ist die Umsetzung geeigneter Maßnahmen für die Bewältigung der „Neuen Herausforderungen“ zu gewährleisten.
- ◆ Ein substanzieller Bürokratieabbau/Verwaltungsvereinfachung der GAP für die Landwirte und die Agrarverwaltung wird als ein vordringliches Ziel der GAP-Weiterentwicklung angesehen.

- ◆ Die neue Förderperiode muss angesichts der stark voneinander abweichenden Direktzahlungen in den Mitgliedstaaten dazu genutzt werden, die Systeme einander anzupassen und zu harmonisieren. Auch dazu enthält der o. g. MFR erste Hinweise. Deutschland nimmt mit seinem Regionalmodell und den bis 2013 vollständig entkoppelten Direktzahlungen eine Vorreiterrolle in der EU ein.
- ◆ Rheinland-Pfalz setzt sich innerhalb Deutschlands für einheitliche Direktzahlungen in allen Bundesländern ein und verweist dazu auch auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 14.10.2008.
- ◆ Die EU-Kommission strebt eine gerechtere Verteilung der Direktzahlungen zwischen den Mitgliedstaaten an. Diesem Ansinnen stellt sich die Landesregierung nicht entgegen. Sie wird sich aber dafür einsetzen, dass die Angleichung nur in begrenztem Umfang und schrittweise erfolgt. Eine EU-weite Angleichung der Mittel aus der 2. Säule für die Entwicklung der Ländlichen Räume darf aus Sicht der Landesregierung keinesfalls zu einer Kürzung des Mittelansatzes für Deutschland führen. Hier muss mindestens die derzeitige Höhe beibehalten werden.

Mit der Zielstruktur und der **Option 2** als dem auch **von der Kommission favorisierten Modell** zur Zukunft der GAP besteht im Übrigen Einvernehmen. Des Weiteren bleibt abzuwarten, ob die Vorlage der Entwürfe für die Legislativvorschläge bis Herbst 2011 zustande kommen wird.

Besondere Bedeutung für die rheinland-pfälzische Landwirtschaft und die Erhaltung des wertvollen Grünlandes in den Mittelgebirgslagen hat die Milchwirtschaft. Im Rahmen des insgesamt 750 Mio. Euro (EU-Mittel: rd. 61 Mio. Euro) umfassenden Sonderprogramms für die Landwirtschaft in den Jahren 2010 und 2011 können Milcherzeuger eine Prämie von rd. 38 Euro je ha Grünland und eine Kuhprämie als De-minimis-Beihilfe von 21 Euro je Kuh erhalten. Aus den Sondermaßnahmen auf dem Milchsektor speist sich die zusätzliche Grünlandprämie in Höhe von 20,34 Euro je ha. Zudem wird der Bundeszuschuss an die LUV für 2010 auf insgesamt 300 Mio. Euro angehoben. Ferner stellt der Bund für 2010 25 Mio. Euro für die Zinsverbilligung eines Liquiditätshilfeprogramms bereit.

Die Milchwirtschaft erbringt an vielen Stellen unverzichtbare öffentliche Leistungen, wie z.B. die Pflege der Kulturlandschaft, Erhalt der Artenvielfalt und von Lebensräumen. Diese gesellschaftlich gewünschten Leistungen der Landwirte werden derzeit aber nur bedingt über die Milchpreise entgolten. Die Landesregierung hält es für notwendig, die

Milchwirtschaft in den Mittelgebirgslagen besonders zu unterstützen. Um die Marktstellung der Erzeuger zu stärken, wird sie Erzeugergemeinschaften und Bündelungsinitiativen der Landwirtschaft aktiv und verstärkt befürworten. Sie wird sich für einen besseren Absatz von Milch- und Milchprodukten auf unseren heimischen Märkten einsetzen. Beispielsweise soll der Absatz von Schulmilch ausgeweitet werden. Auf EU-Ebene wird sich die Landesregierung für eine Überprüfung der EU-Milchpolitik und einen höheren Bündelungsgrad für Erzeugergemeinschaften einsetzen. Sie strebt bessere Strukturen für innovative Verarbeitung, Vermarktung und Verbraucherinformation an.

Für Rheinland-Pfalz bedeutsam ist des Weiteren die letztmalige **Verlängerung des Branntweinmonopols** bis 2017. Diesen Zeitraum wird das Land nutzen, um gemeinsam mit den betroffenen Betrieben zukunftsorientierte Anpassungsstrategien zu entwickeln.

Besondere Aufmerksamkeit widmet Rheinland-Pfalz auch der Neuabgrenzung der benachteiligten Gebiete als Grundlage für die Gewährung der Ausgleichszulage.

Gemäß internem Zeitplan der Europäischen Kommission ist ein Legislativvorschlag für die Neuabgrenzung Ende 2011, in engem Zusammenhang mit den Vorschlägen zur Neuausrichtung der GAP nach 2013, zu erwarten. Die Neuabgrenzung der benachteiligten Gebiete soll dann ab dem Jahr 2014 greifen, da nach Aussage der Europäischen Kommission die derzeitigen Vorschriften nicht vorher geändert werden sollen.

Da die Neuabgrenzung der benachteiligten Gebiete im Gesamtkonsens der Vorschläge zur Neuausrichtung der GAP behandelt wird, ist weiterhin auf eine angemessene Berücksichtigung dieser Thematik zu achten.

### **4.3 Ländliches Entwicklungsprogramm „Agrarwirtschaft, Landentwicklung, Umweltmaßnahmen“ (PAUL)**

#### **4.3.1 Zusätzliche Lokale Aktionsgruppen im Leader-Ansatz**

Die ländlichen Gebiete in Rheinland-Pfalz stehen in den nächsten Jahren vor besonderen Herausforderungen. Angesichts der veränderten Rahmenbedingungen (u.a. Globalisierung, steigender Wettbewerbsdruck, demografischer Wandel, Klimawandel, erneuerbare Energien, Veränderung der gesellschaftlichen Erwartungen

an die Land- und Forstwirtschaft sowie den ländlichen Raum) sind neue Ansätze zur Entwicklung ländlicher Räume erforderlich.

Rheinland-Pfalz fördert die Umsetzung lokaler integrierter ländlicher Entwicklungsstrategien (LILE) nach dem Leader-Ansatz der ELER<sup>18</sup>-Verordnung, um angesichts der bestehenden Herausforderungen (demografischer Wandel, Globalisierung...) die eigenverantwortliche Entwicklung ländlicher Regionen zu stärken.

Leader steht für „Liaison entre actions de développement de l'économie rurale“. Die Kennzeichen des Ansatzes sind:

lokale integrierte ländliche Entwicklungskonzeption (LILE) für abgegrenzte ländliche Gebiete,

lokale öffentliche-private Partnerschaften (Lokale Aktionsgruppen), die die LILE ausarbeiten und die Projekte auswählen,

Erschließung des endogenen Potentials der Region im Rahmen des so genannten Bottom-up-Ansatz durch Einbindung der lokalen Akteure und

gebietsübergreifende und transnationale Kooperationsprojekte.

Gefragt sind neue Ideen einer regionalen Entwicklung. Ziel ist es, die jeweiligen regionalen Besonderheiten zu entdecken, Stärken und Schwächen zu identifizieren und auf dieser Grundlage von unten nach oben (Bottom up-Ansatz) eine individuelle lokale Entwicklungsstrategie zu erarbeiten. LEADER setzt auf die Eigenverantwortung der Regionen.

Es geht dabei weniger um sektorspezifische Planungen und Förderangebote, sondern um die Aktivierung des eigenen Potenzials der Regionen. Dies soll nach dem Bottom up-Ansatz mit den Akteuren vor Ort geschehen. Ideen aus Wirtschaft, Tourismus, Naturschutz und Landwirtschaft können durch LEADER-Initiativen gebündelt werden. Die übliche Förderung von Einzelprojekten wird in eine regionalisierte Programmförderung überführt. Zudem sind gebietsübergreifende und transnationale Kooperationen der LAG sowie ein Regionalmanagement förderfähig.

---

<sup>18</sup> ELER = Europäischer Landwirtschaftsfonds zur Förderung der Entwicklung ländlicher Räume.

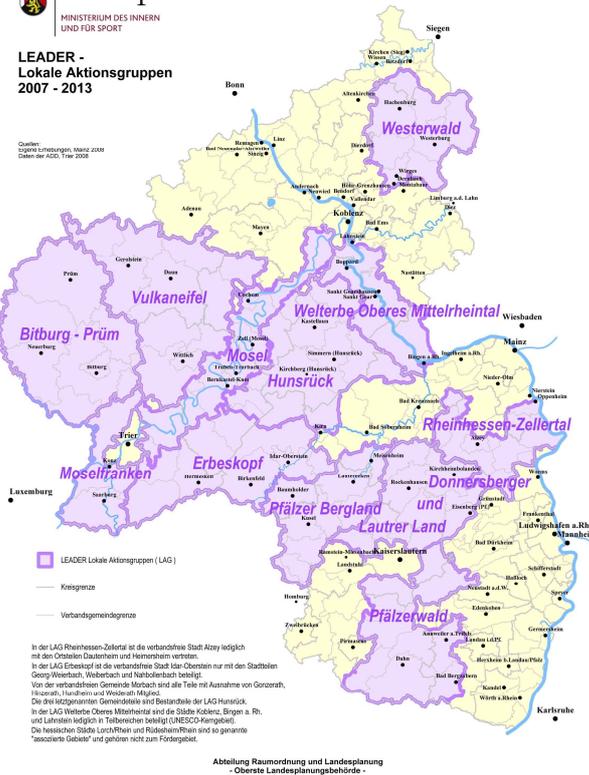


Abbildung Raumordnung und Landesplanung  
Oberste Landesplanungsbehörde

Abbildung 1: Übersicht der LEADER-Regionen 2007–2013 (Stand: März 2010)

Zur Umsetzung des LEADER-Ansatzes wurden im Rahmen eines Wettbewerbs 2007 in Rheinland-Pfalz **12 lokale Aktionsgruppen (LAG)** ausgewählt, die von den regionalen Bedürfnissen vor Ort ausgehend eine LILE erarbeitet haben und umsetzen. Damit wurde das rheinland-pfälzische **LEADER+ Programm** der Förderperiode 2000-2006, das in 2009 auslief, mit seinen 7 lokalen Aktionsgruppen **ausgeweitet**. LAG sind regionale Zusammen-schlüsse von für die Region repräsentativen Akteuren (private und öffentliche Personen sowie Institutionen), die sich der Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung verschrieben haben. Auf Entscheidungsebene, beispielsweise im Vorstand, müssen private Akteure mindestens die Hälfte stellen.

Seit Mitte 2010 wurden zudem **6 weitere LAG in ILE-Regionen** anerkannt. Damit sind nach dem Bottom-up-Prinzip aktuell 18 LAG in den Impulsregionen aktiv.

#### 4.3.2 Halbzeitbewertung des Entwicklungsprogramms PAUL vorgelegt

Zum 31.12.2010 wurde die Halbzeitbewertung des Entwicklungsprogramms PAUL bei der Europäischen Kommission vorgelegt. Das Institut für Ländliche Strukturforschung (IfLS) an der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt, hat als unabhängiger Gutachter die Halbzeitbewertung erstellt. Das Entwicklungsprogramm PAUL setzt den Ansatz der ländlichen Entwicklung der vorherigen Förderperiode fort und baut auf dem rheinland-pfälzischen Entwicklungsplan „Zukunftsinitiative für den ländlichen Raum“ (ZIL) und des rheinland-pfälzischen LEADER+-Programms der EU-Förderperiode 2000-2006 auf. Es wurden Maßnahmen der vorherigen Förderperiode fortgesetzt - zum Teil auch in modifizierter Form - und es wurden neue Maßnahmen ergänzt.

Für das Entwicklungsprogramm PAUL wurden folgende Ziele festgelegt:

- Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit land- und forstwirtschaftlicher Betriebe;
- Verbesserung der Produktqualität durch Managementsysteme;
- Verbesserung der Umweltsituation, insbesondere Naturschutz durch land- und forstwirtschaftliche

Nutzung;

- Sicherung einer flächendeckenden Landbewirtschaftung einschließlich Umweltschutz sowie Maßnahmen der EG-Wasserrahmenrichtlinie;
- Erhaltung und Pflege der Kulturlandschaft;
- Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen im ländlichen Raum;
- Schaffung von Einkommensalternativen.

Wie eingangs bereits erwähnt, wächst der ökologische Landbau in Rheinland-Pfalz seit Jahren kontinuierlich, nicht zuletzt aufgrund der fortlaufenden Förderung in Rheinland-Pfalz im Rahmen des rheinland-pfälzischen Programm Agrar-Umwelt-Landschaft (PAULa), das seinerseits Bestandteil des Schwerpunktes 2 des ländlichen Entwicklungsprogramms PAUL ist. Landwirten, die in Zukunft, ihre Flächen ökologisch bewirtschaften wollen, soll diese Entscheidung leichter gemacht werden. Noch im Jahr 2011 soll ein Antragsverfahren zur Förderung von Neueinsteigern in den ökologischen Landbau eröffnet werden. Ziel ist es, den ökologischen Landbau als besonders umwelt- und tiergerechte Form der Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz weiter auszubauen und so die bestehenden Marktchancen für Öko-Produkte zu nutzen.

Ebenso wird die Gentechnikfreiheit der rheinland-pfälzischen Land- und Lebensmittelwirtschaft als Marktchance erhalten und genutzt. In Rheinland-Pfalz soll auch in Zukunft kein Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen unterstützt und die gentechnikfreie Erzeugung geschützt werden. In diesem Zusammenhang ist die Entscheidung des EU-Parlaments vom 6. Juli 2011 zu begrüßen, nach der die einzelnen Mitgliedsstaaten den Anbau gentechnisch veränderter Organismen (GVO) künftig leichter verbieten dürfen. Damit wird der bisher unzureichende Vorschlag der EU-Kommission zu Gentechnik-Verboten deutlich verbessert. Dies ist im Interesse der Verbraucher, die in Deutschland zu mehr als 80 Prozent Gentechnik in der Landwirtschaft ablehnen. Aber auch Landwirte, Imker und die gesamte gentechnikfreie Wirtschaft profitieren davon und die Länder können Bürokratie- und Kontrollkosten sparen.

## Zur Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK)<sup>19</sup>

Die Kürzungen der GAK für den Bundeshaushalt 2011 in Höhe von 100 Mio. € Bundesmitteln von 700 Mio. € Bundesmitteln auf 600 Mio. € Bundesmitteln wurden im Rahmen der Haushaltsberatungen des Bundes nicht mehr zurückgenommen. Da die Anmeldungen der Länder den Ansatz des Bundes künftig deutlich übersteigen, ist nicht davon auszugehen, dass Rheinland-Pfalz im Zuge der Verteilung der GAK-Mittel auf die Länder zusätzliche Bundesmittel erhalten wird. Angesichts dieser Haushaltssituation und der Fördernachfrage wird das **Entwicklungsprogramm PAUL** kontinuierlich fortentwickelt. Dabei wird die seit 18. Mai 2011 amtierende Landesregierung entsprechend dem Koalitionsvertrag neue Akzente im Sinne der Nachhaltigkeit setzen. Die GAK-Mittel, die Rheinland-Pfalz zur Verfügung stehen, gehen vor diesem Hintergrund von rd. 61 Mio. € auf knapp 51 Mio. € jährlich zurück.

Gleichwohl sollen in Rheinland-Pfalz funktionsfähige und lebenswerte ländliche Räume erhalten werden. Dazu wird eine breite Palette von Maßnahmen benötigt, mit denen die neuen Herausforderungen, die sich durch den demografischen Wandel und die bereits genannten Anforderungen ergeben, bewältigt werden können. Ländliche Räume können nur dann ihre Funktion als Lebens-, Wirtschafts- und Naturraum erfüllen, wenn es gelingt, eine zukunftsfähige, umwelt- und tiergerechte Landwirtschaft zu erhalten. In der Landwirtschaft soll deshalb ein gedeihliches Nebeneinander von konventionellen und ökologisch wirtschaftenden Betrieben und von Betrieben unterschiedlicher Größe fortbestehen. Neben den klassischen Agrarprogrammen, wie der Einzelbetrieblichen Investitionsförderung und der Förderung von Erzeugerzusammenschlüssen, sind insbesondere die Weiterentwicklung der Agrarumweltmaßnahmen sowie die Maßnahmen zur integrierten ländlichen Entwicklung unverzichtbar. Integrierte Konzepte, an denen sich die Bürgerinnen und Bürger vor Ort aktiv einbringen, helfen, die vorhandenen Entwicklungspotenziale in den Regionen zu erschließen und damit eine nachhaltige Entwicklung in Gang zu setzen. Für die Umsetzung können Fördermaßnahmen gebündelt und Synergieeffekte genutzt werden.

---

<sup>19</sup> Nationale Rahmenregelung zur 2. Säule der GAP und wichtiges nationales Kofinanzierungsinstrument!

#### **4.4 EU-Schulobstprogramm**

Am 01. März 2010 startete das EU-Schulobstprogramm in Rheinland-Pfalz. In einem Vorlauf wurden zunächst rd. 250 Schulen mit rd. 35 000 Schülerinnen und Schülern einmal pro Woche mit frischem Obst und Gemüse beliefert. Mit Beginn des Schuljahrs 2010/11 wurden alle mehr als 1100 Grund- und Förderschulen in Rheinland-Pfalz mit rund 163.000 Schülerinnen und Schülern einbezogen. Ziel des Programms ist es, die Schülerinnen und Schüler für mehr Obst und Gemüse in ihrer täglichen Ernährung zu begeistern und sie damit zu einer ausgewogenen Ernährung zu motivieren. Das Land Rheinland-Pfalz unterstützt damit die vielfältigen Aktivitäten der Schulen im Bereich der Ernährungsbildung. Für das Programm stellte das Land Rheinland-Pfalz im Schuljahr 2010/11 1,2 Mio. € an Landeshaushaltsmitteln zur Verfügung. In gleicher Höhe beteiligt sich die EU an der Finanzierung des Programms.

Mit der Verabschiedung des Haushalts 2011 hat der rheinland-pfälzische Landtag die erforderlichen Landeshaushaltsmittel bewilligt, um das Programm im Schuljahr 2011/12 fortzusetzen.

Zwei Lieferanten hatten im Auftrag des Landes die Aufgabe übernommen, im Schuljahr 2010/11 jede Woche mehr als 8700 Klassenkisten mit frischem Obst und Gemüse zu befüllen, die dann am jeweiligen Schulobsttag morgens bis 9.30 Uhr an die Schulen geliefert wurden. Jede Klassenkiste enthielt zwei Gemüse- oder Obstarten. Die Zahl der Portionen in der Kiste entsprach der Zahl der Schülerinnen und Schüler in der jeweiligen Klasse.

Ein gutes bis sehr gutes Zeugnis haben Lehrerinnen und Lehrer der teilnehmenden Schulen dem Programm im Rahmen einer Online-Befragung ausgestellt, die im Februar und März 2011 durchgeführt wurde. Rund 85 Prozent der Teilnehmer bezeichneten die Qualität der Produkte als gut oder sehr gut. Nach Darstellung der Lehrerinnen und Lehrer bewertet auch der weit überwiegende Teil der Schülerinnen und Schüler sowie der Eltern das Programm positiv. 82 Prozent der Befragungsteilnehmer gaben dem Programm in einer abschließenden Bewertung die Gesamtnote sehr gut oder gut.